

Liebe Leser,  
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend  
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für  
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen .....</b>	<b>5</b>
Stadtrat Hoyerswerda .....	5
Trauerspiel CDU .....	5
Ohne unsere Ortsteile geht es nicht .....	6
Fatales Signal aus Potsdam: Wo sind die Versprechungen?.....	6
Gemeinderat Arnsdorf.....	7
Arnsdorf wählt Bürgermeisterkandidaten.....	7
<b>Termine – Kreisverband Bautzen.....</b>	<b>8</b>
Überblick.....	8
<b>Bericht aus dem Bundestag.....</b>	<b>9</b>
Karsten Hilse – Umweltpolitischer Sprecher der AfD beim BVMW Jahresempfang in Berlin ...	9
Ankündigung Informationsfahrten 2020 .....	9
<b>Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag .....</b>	<b>10</b>
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 9.2.2020 .....	10
Genug GEZahlt! – Jetzt mitmachen und unterschreiben!.....	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2020 .....	13
Tierversuche vermeiden – Alternativen erforschen.....	13
Sächsischer Verfassungsschutz soll zur CDU-Behörde umfunktioniert werden!.....	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.2.2020 .....	14
Pflege besser finanzieren – Respekt für alte Menschen! .....	14
Millionen-Subvention für Tesla bedroht sächsische Autoindustrie .....	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.2.2020 .....	15
AfD-Fraktion gedenkt der Opfer zum 75. Jahrestag der Bombardierung Dresdens .....	15
Grundsatzerklärung: Demokratie in Gefahr .....	16

PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.2.2020 .....	18
Sparkasse forciert schleichende Enteignung: Euro-Politik der CDU endgültig gescheitert.....	18
<b>Neues von der Alternative für Deutschland .....</b>	<b>19</b>
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 8./9.2.2020.....	19
Katholische Kirche ist doch bürgerlich-konservative Bastion.....	19
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2020 .....	19
Der Rücktritt – erst Kramp-Karrenbauer, jetzt Merkel! .....	19
Nach AKK muss auch Merkel zurücktreten – für eine bürgerliche Mehrheit.....	20
Rücktritt von Kramp-Karrenbauer ist zu begrüßen.....	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.2.2020 .....	21
Strafanzeige gegen Merkel – Wegen Nötigung des Ministerpräsidenten durch die Bundeskanzlerin.....	21
Stephan Brandner fordert auch Ermittlungen gegen Mitglieder des Koalitionsausschusses ...	21
Konservative haben keinen Platz mehr in der CDU! .....	22
Amtsmissbrauch und Nötigung – Anzeige gegen Merkel.....	23
Genug ist genug! Die AfD klagt gegen Innenminister Horst Seehofer.....	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.2.2020 .....	24
Merkels Ostbeauftragter sollte zurücktreten .....	24
Merkels AfD-Ausgrenzung wird nicht länger funktionieren.....	25
LINKE zeigt ihr wahres SED-Gesicht: Verfassungstreu ist anders.....	25
AfD darf nicht im Verfassungsschutzbericht aufgeführt werden .....	26
Jeder zweite Deutsche meint: Die AfD wird spätestens bis 2030 regieren!.....	27
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.2.2020 .....	27
Die AfD hat rund 7 Millionen Euro geerbt .....	27
Es ist Zeit für Kanzlerin Merkel abzutreten .....	28
Die Meinungsfreiheit an deutschen Hochschulen muss verteidigt werden.....	28
<b>Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag .....</b>	<b>30</b>
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 8./9.2.2020.....	30
Die Bundesregierung bleibt ihrem Wahlspruch treu: aus Illegalität Legalität machen! .....	30
Entlassung des Ostbeauftragten ist ein Skandal .....	31
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2020 .....	31
Julia Klöckner führt Bauern mit UTP-Richtlinie in die Irre.....	31
Mehr Islam führt zu weniger Frauenrechten .....	32
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.2.2020 .....	33

Empfehlungen der „Borchert-Kommission“ bieten Chance für durchdachte und zukunftsfähige Entwicklung der heimischen Nutztierhaltung .....	33
Linke zeigen ihr wahres SED-Gesicht .....	33
Die SPD will die Demokratie abschaffen .....	34
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.2.2020 .....</b>	<b>34</b>
Dem nächsten deutschen Automobilkonzern drohen Massenentlassungen .....	34
Dürfen nicht zusehen, wenn der Verfassungsschutz selbst die Axt an die Grundlagen unserer Demokratie legt .....	35
Bundesärztekammer stellt „politische Korrektheit“ vor Patientensicherheit .....	35
Verbesserung der Tierschutzkontrollen, um Tierhalter zu entlasten .....	36
EU-Verordnung zu Risikrohstoffen schadet den Produktionsländern .....	37
Die Regierung muss sich endlich um die Entlastung der Mittelschicht kümmern .....	38
Unser gesellschaftliches Leitbild ist der freie Bürger, auch im Straßenverkehr .....	38
Corona: Antibiotika werden knapp .....	39
Merkels neuer Ostbeauftragter beschimpft AfD als „Abschaum“ .....	40
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.2.2020 .....</b>	<b>40</b>
Aktuelle Stunde – „Strategie zur Vorbeugung gegen das CORONA-Virus“ .....	40
Macht man mit Scholz als Cum-Ex Bekämpfer den Bock zum Gärtner? .....	41
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.2.2020 .....</b>	<b>42</b>
Gesetzentwurf der AfD-Fraktion führt zur Senkung der Nebenkosten beim Immobilienkauf ...	42
Arzneimittelproduktion in Deutschland und Europa sichern .....	42
<b>Videos / Reden von AfD-Politikern aus dieser Woche .....</b>	<b>44</b>
AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag .....	44
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag .....	44
AfD Kompakt TV .....	44
<b>Meldungen aus Deutschland und der Welt .....</b>	<b>45</b>
Berliner Unternehmer Krawinkel gibt 100.000 Euro an Höckes AfD .....	45
Dresden: Linksextreme verhöhnen Bombenopfer auf Friedhof .....	45
Verfassungsschutz beginnt mit Überwachung von drei AfD-Politikern .....	45
„Ich beuge mich dem Druck“ – Sprecher der WerteUnion tritt zurück .....	45
<b>Rubrik „Bunte Folklore“ in Deutschland .....</b>	<b>45</b>
6.2.2020: Halle: Arabische Gang greift Jugendliche in Halle-Neustadt an .....	45
7.2.2020: Trier: Messerangriff auf dem Trierer Petrisberg: 40-Jähriger rettet sich in Auto .....	45
10.2.2020: Berlin: Tote Frau auf Gehweg gefunden – Mordkommission ermittelt! .....	45

10.2.2020: Salzgitter: Auf REWE-Parkplatz: 39-Jährige in ihrem eigenen Auto mit Waffe bedroht.....	45
10.2.2020: Magdeburg: 29-Jähriger Magdeburger wird mit Messer bedroht und ausgeraubt .	45
11.2.2020: Berlin: Maskierte Räuber überfallen Supermarkt mit Macheten.....	45
13.2.2020: Rendsburg: Frau lag tot neben ihrem Baby in Hotelzimmer .....	45
13.2.2020: Schweinfurt: Afrikaner ziehen fordernd durch Schweinfurt .....	46

<b>Achtung Satire: Humoriges .. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns erst recht nicht verbieten ;-)</b> .....	<b>46</b>
Kommunalmandate im KV Bautzen .....	47
PRESSE-ARCHIV .....	47
SPENDENKONTO.....	47
KONTAKT:.....	47

## Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

### Stadtrat Hoyerswerda

#### Trauerspiel CDU



Mal ehrlich, wer glaubt diesen Unsinn aufseiten unserer CDU eigentlich noch?

Merkel bezeichnet die demokratische Wahl eines Kandidaten der Mitte, entgegen eines Kandidaten der SED, als unverzeihlichen Vorgang und verlangt deshalb, dass das Ergebnis „wieder rückgängig gemacht werden müsse.“ Die CDU in Hoyerswerda/Sachsen denkt unterdessen, dass alles so weitergeht wie bisher und wirft mit anti-sozialistischen Parolen um sich, hoffend damit die letzten konservativen Wähler halten zu können. Peinlicher geht es nun wirklich nicht!

Heute hat AKK bekanntgegeben, dass

Sie sich vom Acker macht - ach es ist schon ein Trauerspiel.

Wir sind auf den Kandidaten der CDU zur OB-Wahl im September gespannt, vielleicht stellen CDU und Linke auch einen gemeinsamen Kandidaten, um uns als Alternative für Deutschland „verhindern“ zu können. Möglich erscheint bei der Konstitution der CDU mittlerweile alles.

Die CDU hat einmal mehr ihre konservativen Wähler verraten und öffnet sich weiter und weiter nach links. Es gibt nur noch eine bürgerlich-patriotische Alternative und diese heißt AfD!

Toni Schneider, Stadtrat

10.02.2020

<https://www.facebook.com/910992965679861/photos/a.1063855457060277/2628262227286251/?type=3&theater>

### Ohne unsere Ortsteile geht es nicht

Die AfD-Fraktion im Stadtrat Hoyerswerda hat sich daher auf die Fahne geschrieben, bei den Sitzungen der Ortschaftsräte und deren Mitglieder als Gast teilzunehmen, um gemeinsam zu gestalten, Lösungen zu finden und diese umzusetzen.

So sind wir seit einigen Monaten in allen Ortsteilen von Hoyerswerda gewesen, stellten uns vor, brachten uns ein und konnten an der einen oder anderen Stelle schon behilflich sein.

Die Ortsteile bilden einen wichtigen Teil unseres städtischen Kulturlebens ab, es zu erhalten und unterstützen ist mir eine Herzenssache. Vielen Dank für die herzliche Aufnahme und auf ein gutes Miteinander.

Ihr Marco Gbureck

Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl Hoyerswerda 09/2020



### Fatales Signal aus Potsdam: Wo sind die Versprechungen?

Die brandenburgische Regierung, welche aus SPD, CDU und Grünen besteht, hat nun das Aus für die Tagebauerweiterung Welzow bekanntgegeben. Damit wird nun die Existenzgrundlage einer ganzen Region vorzeitig entzogen.

Dr. Halmar Rendez fand in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit bereits klare Worte.



„Wenn Kraftwerkskapazitäten vorzeitig stillgelegt werden und dadurch die Kohlemengen durch diese Erweiterung des Tagebaus Welzow-Süd nicht mehr genutzt werden könnten, beraubt sich Deutschland einer wichtigen Option, seine gesicherte Versorgung in Engpasssituationen durch die Braunkohleverstromung aufrecht zu erhalten,“ so Rendez.

Auch an der Universität Cottbus meldeten sich Professoren zu Wort, diese sehen den Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 als undurchführbar und kritisieren damit die Arbeit der Kohlekommission stark. All diese Tatsachen werden von den links-grünen Ideologen ignoriert. Tausende Arbeitsplätze werden nun wohl auf dem grünen Altar des „Klimaschutzes“ geopfert werden. Ein fataler Fehler, der Auswirkungen auf tausende Arbeiter und deren Familien hat und zu einer Destabilisierung der ganzen Region führen wird.

Sichere und ehrliche Arbeit statt grüner Märchen, war und ist unsere Devise.

Wir als AfD haben bereits mehrfach auf die Gefahren eines übereilten Kohleausstieges, welcher von links-grünen Ideologen mit Hilfe der CDU forciert werden soll, hingewiesen.

Wir wollen nicht, dass unsere Lausitz zum Armenhaus verkommt.

Wir fordern einen Naturschutz mit Sinn und Verstand und stellen uns klar gegen grüne Märchen und ihre zerstörerische Wirkung auf unser aller Land.



Der Verrat an unseren Bergleuten ist eine Schande.

Toni Schneider, Stadtrat

12.02.2020

<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=1302294399979148&set=a.156459127896020&type=3&theater>

## Gemeinderat Arnsdorf

### Arnsdorf wählt Bürgermeisterkandidaten

Die AfD-Mitglieder der Gemeinde Arnsdorf haben am 7. Februar 2020 Detlef Oelsner zu ihrem Bürgermeisterkandidaten gewählt.

Als gebürtiger Arnsdorfer, aktives und langjähriges Gemeinderatsmitglied, als aktiver Kreistagsabgeordneter und Mitglied im Bildungsausschuss des Kreises, möchte Detlef Oelsner gemeinsam mit allen Bürgern der Gemeinde Arnsdorf und seiner Ortsteile Fischbach, Wallroda und Kleinwolmsdorf, die Zukunft unseres lebenswerten Ortes gestalten.

In den nächsten Tagen erfahrt Ihr alles Wissenswerte, wie z.B. bereits feststehende Termine zur Vorstellung von und Diskussion mit Detlef Oelsner und viele andere spannende Sachen.

<https://www.facebook.com/gemeinderatsfraktion.arnsdorf.5>

## Termine – Kreisverband Bautzen

### Überblick

Sa	15.02.20	10.00-12.00 Uhr	Lausitzer Platz 02977 Hoyerswerda	AfD - INFOSTAND der Regionalgruppe Hoyerswerda
Di	18.02.20	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilde, MdB
Mi	19.02.20	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilde, MdB
Do	20.02.20	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilde, MdB
Sa	22.02.20	9.00 Uhr	Restaurant "Zum Hirsch" Dresdener Str. 5 02633 Göda	KREISPARTEITAG KV BAUTZEN Aufstellungsversammlung zur Wahl von Landesdelegierten
Di	25.02.20	14.00-17.30 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE der AfD-Stadtratsfraktion Bautzen
Do	27.02.20	15.00-17.00 Uhr	Stadtverwaltung Wilthen Bahnhofstr. 5 02681 Wilthen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Frank Peschel, MdL und den Stadträten Gundolf Göbel und Uwe Flack
Do	27.02.20	19.00 Uhr	Hotel Goldener Hirsch Markt 10 01917 Kamenz	VORTRAGSVERANSTALTUNG des Verein zur Förderung politischer Bildung e.V. "Der Öffentlich-Rechtliche-Rundfunk - Eine Chimäre?" Vortrag von Christian F. Schultze, Schriftsteller und Diplomburist aus Pulsnitz



Sa	29.02.20	10.00-12.00 Uhr	Lausitzer Platz 02977 Hoyerswerda	AfD - INFOSTAND der Regionalgruppe Hoyerswerda
Di	03.03.20	18.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BAUTZENER LIEDERTAFEL Gemeinsames Singen deutscher Volkslieder

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

## Bericht aus dem Bundestag

### Karsten Hilse – Umweltpolitischer Sprecher der AfD beim BMWV Jahresempfang in Berlin

<https://www.ostsachsen-tv.com/karsten-hilse-umweltpolitischer-sprecher-der-afd-beim-bmwv-jahresempfang-in-berlin/>

### Ankündigung Informationsfahrten 2020

Auch in diesem Jahr werden wir wieder Informationsfahrten nach Berlin für Sie organisieren.

Folgende Termine sind geplant: 2./3. April 2020 / 28./29. Mai 2020 / 10./11. Dezember 2020

Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich bitte mit Name, Anschrift, Geburtsdatum und Geburtsort (dieses benötigen wir für die Anmeldung im Bundestag) für das gewünschte Datum bei uns unter folgender Emailadresse an: [karsten.hilse.ma03@bundestag.de](mailto:karsten.hilse.ma03@bundestag.de).

Für Rückfragen stehen wir ebenso gern zur Verfügung.



## Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

### Vorsicht, Post aus Sachsen!

### Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 9.2.2020

Liebe Freunde, liebe Leser,

in Deutschland wirft man dem ungarischen Präsidenten Viktor Orban und dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin häufig vor, sie würden eine „gelenkte Demokratie“ betreiben. Das Parlament sei nur Fassade. In Wirklichkeit aber würden von oben die Strippen gezogen. Die vom Volk gewählten Abgeordneten seien somit nur Marionetten, heißt es.

Das demokratische Ideal ist indes ein anderes: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, proklamiert das Grundgesetz in Artikel 20. Es hält auch fest, dass die Macht möglichst weit nach unten verlagert werden sollte, denn die Bundesrepublik ist ein föderaler Bundesstaat.



Was in den Kommunen entschieden werden kann, sollte auch dort entschieden werden. Was in den Bundesländern entschieden werden kann, sollte auch dort entschieden werden. Und nur die Fragen, die dringend nationale Einigkeit voraussetzen, gehen den Bundestag überhaupt etwas an.

Zur Rolle der Parteien findet sich im Grundgesetz ebenfalls ein kluger, wohlbedachter Passus. Sie „wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“. Anders ausgedrückt: Ihre Aufgabe sollte darin bestehen, eine Vielfalt der Angebote herzustellen, aus der die Bürger dann auswählen können.

Leider ist all das schon lange nicht mehr der Fall: Der erste Dambruch war dabei die Eurokrise. Abgeordnete, die sich auf ihr Gewissen nach Artikel 38 des Grundgesetzes beriefen und die Schaffung einer europäischen Transferunion ablehnten, wurden 2011 vom damaligen Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) aufs Übelste beschimpft. Sie sollten „die Fresse“ halten und die Leute mit ihrer „Scheiße“ nicht verrückt machen.

Um die Wiederholung solcher Szenen zu verhindern, wurde dann 2015 Merkels Grenzoffenhaltungspolitik direkt am Parlament vorbei beschlossen. Das war der zweite große Rechtsbruch innerhalb weniger Jahre.

Nummer drei erlebten wir nun diese Woche. Von Südafrika aus forderte die Bundeskanzlerin die demokratische Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich (FDP) „rückgängig“ zu machen.

Sie stand mit dieser absurden und rechtswidrigen Forderung allerdings nicht alleine da. Alle Altparteien aus Berlin, die Medien und auch der sächsische CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer intervenierten und versuchten sich gegenseitig in schlecht gespielter Empörung zu überbieten.

Das ZDF befürchtete „Endstation Buchenwald“ und der MDR verglich die „Kemmerich-Wahl“ mit der NSDAP. Ich empfinde das als üble Verharmlosung der Nazi-Verbrechen. Die planmäßige Ermordung von Menschen mit der freien und geheimen Wahl eines Ministerpräsidenten in Verbindung zu bringen, ist eine unverzeihliche Grenzüberschreitung.

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den Altparteien sind alle vernünftigen Maßstäbe verlorengegangen. Das geschieht jedoch nicht zufällig. Es hat einen Zweck: Der Nazivorwurf dient zum Aufbau einer Drohkulisse, die es erlaubt, im Namen der Moral unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung auszuschalten.

Aus unserem föderalen Rechtsstaat mit einer durchdachten Gewaltenteilung wird so ein Parteienstaat mit einer beängstigenden Machtfülle für die obersten Funktionäre. Für die Landespolitik sind das katastrophale Nachrichten: Sobald in den Bundesländern nur noch Befehlsempfänger sitzen, sind die Landesparlamente überflüssig.

Die Ereignisse in Thüringen sind deshalb ein schwerer Anschlag auf die Demokratie. Sie beweisen zudem, wo die CDU inzwischen steht. Sie arbeitet lieber mit alten SED-Kadern und der militanten Antifa nahestehenden Politikern zusammen, als zu einer bürgerlichen Politik zurückzukehren.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer sagte am Freitag, er sehe einen „großen Unterschied“ zwischen AfD und Linkspartei. Den gibt es tatsächlich: Wir würden Frauen wie Juliane Nagel, die geistige Brandstifterin der Gewaltexzesse gegen die Polizei in Leipzig, nicht dulden. Wir umgeben uns auch nicht mit Personen, die den Schießbefehl an der Berliner Mauer gaben. Und wir lehnen natürlich alle Versuche der Errichtung einer neuen Planwirtschaft vehement ab.

Wer Freiheit, Demokratie und soziale Marktwirtschaft will, muss deshalb die AfD unterstützen.

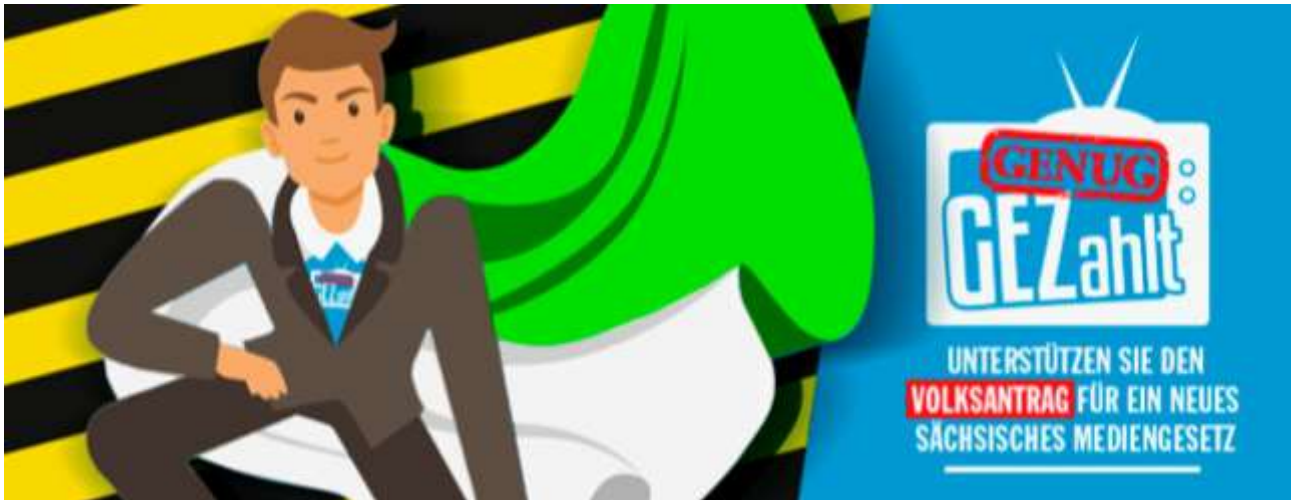
Bis nächsten Sonntag,  
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/2810704032354809/?type=3&theater>

**Genug GEZahlt! – Jetzt mitmachen und unterschreiben!**

Liebe Freunde,  
wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

Wir wehren uns mit der Volksinitiative "Genug GEZahlt!" gegen die einseitige Manipulation der Öffentlichkeit durch die übermächtigen Staatsmedien. Sie bestimmen die täglichen Schlagzeilen, die jedes aber auch jedes Medium zwingen, sich daran abzuarbeiten. Dieses Agenda Setting wird mit 8 Mrd. EUR Zwangsbeiträgen nur für die Öffentlich-rechtlichen durchgesetzt. Das ist eine grobe, gesetzwidrige Wettbewerbsverzerrung. Allein die Tatsache, dass einzig und allein die AfD es wagt, diese Manipulation der Meinungsbildung zu thematisieren, macht uns schon zu den "bösen" Außenseitern.



Deshalb ist unsere Volksinitiative ein zentrales Thema für unsere Partei. Jedes Mitglied, jeder Wähler der AfD ist aufgefordert, mitzumachen und sich als Multiplikator dafür einzusetzen. Konkret: Nur so können wir 40.000 Sachsen mobilisieren, die Volksinitiative zu unterzeichnen. Wenn jedes Mitglied oder Freund der Partei mindestens 10 Unterschriften in seinem persönlichen Umfeld sammeln könnte, würde das unserer Initiative zum Erfolg verhelfen.

Wie das gehen kann und was unbedingt zu beachten ist, findet man auf der Website des Vereins <https://sachsen.genug-gezahlt.tv/>

Unterschriftenformulare und Flyer gibt es auch in jedem Bürgerbüro im KV Bautzen zur Abholung!

In diesem Sinne Ihr

Jan Zwerg  
Generalsekretär der AfD Sachsen

Karin Wilke  
Vorsitzende Genug GEZahlt! in Sachsen e.V.

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2020

### Tierversuche vermeiden – Alternativen erforschen

Die Zahl der Tierversuche in Sachsen ist um zehn Prozent gestiegen. 2018 gab es im Freistaat fast 120.000 Tierversuche berichtet die Sächsische Zeitung.



Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt:

„Der deutliche Anstieg bei den Tierversuchen ist bedenklich und muss gestoppt werden. Wir haben eine ethische Verantwortung, das Leid der Tiere auf ein Minimum zu reduzieren. Zumal Wissenschaftler seit langem darüber diskutieren, in welchem Ausmaß die Ergebnisse von Tierversuchen auf den Menschen überhaupt übertragbar sind.“

Deshalb hat die AfD-Fraktion bereits vor drei Jahren einen Antrag gestellt (6/9177), alternative Methoden zu Tierversuchen stärker zu erforschen. Wir wollen dazu an sächsischen Universitäten

einen Forschungsschwerpunkt einrichten. Alle Fraktionen haben damals unseren Antrag wie so oft mit dem fadenscheinigen Vorwurf des Populismus abgelehnt.

Es ist schäbig, auf dem Rücken der leidenden Tiere Parteiinteressen in den Vordergrund zu stellen. Ich kann nur hoffen, dass beim Thema Tierversuche in Zukunft Sachpolitik vor ideologische Scheuklappen gestellt werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/tierversuche-vermeiden-alternativen-erforschen.html>

### Sächsischer Verfassungsschutz soll zur CDU-Behörde umfunktioniert werden!

Sachsens Verfassungsschutzpräsident, Gordian Meyer-Plath, soll abgelöst werden, berichtet aktuell die Freie Presse. Angeblich suchen CDU, Grüne und SPD einen Nachfolger. Dem bisherigen Präsidenten wird u.a. vorgeworfen, dass er die 2018 in Chemnitz stattgefundene, linksextremistische Veranstaltung „Wir sind mehr“ im Verfassungsschutzbericht 2019 erwähnte.

Dazu erklärt der sicherheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Carsten Hütter:

„Es zeichnet sich nun auch in Sachsen ab, dass der Verfassungsschutz zum willfährigen Machtinstrument der CDU umfunktioniert werden soll. Bereits in der Bundesbehörde wurde der Präsident, Hans-Georg Maaßen, auf das politische Abstellgleis geschoben. Er bewies einen eigenen Kopf und machte Rechtsstaatlichkeit zum Maßstab seiner Arbeit.“





Immer wieder forderten und fordern führende Protagonisten der Altparteien von der eigenständigen Behörde, dass die AfD unter Beobachtung des Inlandsgeheimdienstes gestellt wird. Sowohl Meyer-Plath, als auch Maaßen wollten sich aber offensichtlich nicht zum Befehlsempfänger der CDU degradieren lassen.

Ich bin sicher, dass die CDU-geführte Regierung mit Hilfe der personell neu ausgerichteten Behörde die AfD unter Beobachtung stellen wird, obwohl es dafür keinerlei Gründe gibt. Wer ohne Parlamentsbeschlüsse eigenmächtig die deutschen Grenzen öffnet oder – wie jetzt in Thüringen – im Stile eines Despoten Wahlen rückgängig machen lässt, müsste das eigentliche Beobachtungsobjekt der Verfassungsschützer sein und nicht eine demokratische, rechtsstaatliche Oppositionspartei.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/saechsischer-verfassungsschutz-soll-zur-cdu-behoerde-umfunktioniert-werden.html>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.2.2020

### Pflege besser finanzieren – Respekt für alte Menschen!

Deutschland gibt deutlich weniger für die Altenpflege aus als die skandinavischen Länder und die Beneluxstaaten. Laut OECD werden in Deutschland nur 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung



ausgegeben, in Skandinavien dagegen bis zu 2,7 Prozent.

Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt:

Es ist beschämend, wie die CDU-Regierung mit älteren Menschen umgeht. Statt sich um das Wohl der eigenen Bürger zu kümmern, zahlt sie lieber Milliarden an marode EU-Staaten und Einwanderungswillige aus aller Welt.

Die Situation in vielen Pflegeheimen ist desaströs. Viele Pflegekräfte in Sachsen wandern ab, weil sie im Westen deutlich besser bezahlt werden. Zudem müssen sie im Akkord arbeiten und haben

pro Pflegefall viel zu wenig Zeit.

Wir wollen das ändern. Um die stationäre Pflege zu entlasten, will die AfD die Angehörigen-Pflege stärken. Wir haben dafür ein Landespflegefördergeld im Landtag beantragt (6/14750), das von allen Parteien abgelehnt wurde.

Das Landespflegegeld hat etliche Vorteile. Zum einen gibt es den Wunsch vieler Angehöriger, ihre Familienmitglieder zu Hause selbst zu pflegen sowie den Wunsch vieler älterer Menschen, so lang wie möglich – umgeben von Angehörigen – in den eigenen vier Wänden leben zu können.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/pflege-besser-finanzieren-respekt-fuer-alte-menschen.html>

### **Millionen-Subvention für Tesla bedroht sächsische Autoindustrie**

Laut Presseberichten hat Tesla in Brandenburg einen ersten Förderantrag gestellt und erhofft sich dadurch eine staatliche Finanzspritze von über 100 Millionen Euro. Dazu erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Frank Peschel:

„Für Sachsen ist die Autoindustrie unverzichtbar, denn über 95.000 Beschäftigte arbeiten in dieser Branche. Diese Arbeitsplätze geraten in Gefahr, wenn in unserem Nachbarbundesland Brandenburg die amerikanische Konkurrenz mit Subventionen großgezüchtet wird.

Es ist zudem zu bezweifeln, dass Tesla gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen wird. Der US-Konzern schaut sich schon heute nach Mitarbeitern in Polen um, um die Lohnkosten zu drücken.

Dies zeigt: Die milliardenschwere Subventionierung der Elektromobilität ist planwirtschaftlicher Unfug. Im schlimmsten Fall bricht uns dadurch ein Viertel der sächsischen Industrieproduktion weg. Das müssen wir verhindern, denn erste Unternehmen haben bereits Insolvenz angemeldet bzw. wie Continental in Limbach-Oberfrohna einen massiven Stellenabbau angekündigt.

Politiker sind nicht in der Lage, über Zukunftstechnologien zu entscheiden. Ich plädiere deshalb für einen offenen Wettbewerb der unterschiedlichen Antriebstechnologien ohne staatliche Eingriffe.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/millionen-subvention-fuer-tesla-bedroht-saechsische-autoindustrie.html>



## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.2.2020**

### **AfD-Fraktion gedenkt der Opfer zum 75. Jahrestag der Bombardierung Dresdens**

Am 13. Februar jährt sich die Bombardierung der Stadt Dresden zum 75. Mal. Zum Gedenken an die gezählten und ungezählten Opfer wird die sächsische Landtagsfraktion der AfD an den Gedenkveranstaltungen teilnehmen.



[André Wendt](#), sächsischer Landtagsabgeordneter und Kreisvorsitzender der [AfD Dresden](#):

„Es ist ein trauriger Anlass, der zur Mahnung ruft und die Dresdner immer wieder umtreibt. Jedes Jahr aufs Neue beginnen die Diskussionen über Opferzahlen, Schuld und den Missbrauch für tagespolitische Zwecke. Das Wesentliche gerät dabei zunehmend in Vergessenheit – tausende Menschen starben qualvoll in den Flammen. Eine würdige Gedenkstätte auf dem Altmarkt, die sich ausschließlich diesem Ereignis widmet, fehlt bis heute und könnte Dresden doch Frieden



schenken.

Eine Gedenkstätte, die auch mahnt: Kriege werden immer von wenigen begonnen, aber fordern am Ende immer große Opfer von Unbeteiligten.

Ich freue mich, dass in Dresden an diesem Tag viele Veranstaltungen unter der Beteiligung der AfD-Fraktion stattfinden werden. Ich hoffe, dass in diesem Jahr ein erster Schritt zu einem vernünftigen Umgang mit diesem traurigen Kapitel unserer Geschichte gemacht wird.“

Veranstaltungen mit unseren Abgeordneten:

10:00 Uhr / Kranzniederlegung Heidefriedhof  
11:00 Uhr / Kranzniederlegung „Alter Annenfriedhof“  
10:00 bis 16:00 Uhr / Infostand der Dresdner AfD  
21:30 Uhr / Stille Kranzniederlegung Altmarkt

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/2780726565330177/?type=3&theater>

### **Grundsatzklärung: Demokratie in Gefahr**

Mit großer Sorge um die politische Kultur in Sachsen und Deutschland betrachten wir den aktuellen Frontalangriff auf die Demokratie. Wenn Wahlen rückgängig gemacht werden sollen, die rechtliche Gleichbehandlung aller Parteien zur Disposition steht und sich Ministerpräsidenten mit infamen Unterstellungen brüsten, nimmt die freiheitlich-demokratische Grundordnung schweren Schaden.

Aus diesem Grund erklärt die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag:

1. **Verfassung:** Der Schutz der Verfassung muss oberste Priorität genießen. Im Grundgesetz und der Verfassung des Freistaates Sachsen stehen die Grundrechte an vorderster Stelle. Damit verbunden ist ein eindeutiger Auftrag an alle Parteien und die Öffentlichkeit: Ihr Agieren hat stets zum Wohle der freien Meinungsäußerung zu erfolgen, denn das Lebenselixier der Demokratie sind unterschiedliche, kontroverse und zugespitzte Ansichten. CDU, FDP, SPD, Grünen, Linken und großen Teilen der Medienlandschaft werfen wir vor, den Meinungskorridor einengen zu wollen.
2. **Extremismus:** In einer freiheitlichen Demokratie muss Konsens darüber bestehen, dass Gewalt niemals zur Durchsetzung politischer Interessen eingesetzt werden darf. Wer Gewalt zur Unterdrückung politischer Gegner insgeheim gutheißt oder duldet, steht mit der Demokratie auf Kriegsfuß.
3. **Meinungsfreiheit:** Politische Debatten werden seit jeher hart geführt. Das ist legitim, denn erst die Zuspitzung und Personalisierung komplizierter Sachverhalte sorgt dafür, dass sich viele Bürger am Prozess der Meinungsbildung beteiligen. Die rote Linie des politischen Diskurses verläuft jedoch dort, wo die Entmenschlichung des Andersdenkenden beginnt.



Wenn bereits innerparteiliche Gegner als „Krebsgeschwür“ oder die Opposition als „giftiger Abschaum“ bezeichnet werden, ist diese Linie kilometerweit überschritten. Wir fordern daher insbesondere die in Sachsen und im Bund regierende CDU auf, den Gebrauch dieser totalitären Ausdrucksweise zu unterlassen.

4. **Demokratie:** Wir müssen mehr direkte Demokratie wagen! Das zählt zu den Gründungsforderungen der AfD und wurde von uns im Sächsischen Landtag mehrmals durch Anträge (Drs. 6/734) und Gesetzentwürfe (Drs. 6/5391) untermauert. Die Erleichterung von Volksentscheiden und Direktwahl von Politikern erachten wir als zentral zur Weiterentwicklung unserer Demokratie. Es ist deshalb unverschämt, ausgerechnet der AfD ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie zu unterstellen. Die Altparteien sind es, die alle Versuche, mehr Demokratie zu wagen, blockieren, weil sie die freie Meinung des Volkes zu ihrer weltfremden Politik fürchten.
5. **Justiz:** Zum Schutz der Meinungsfreiheit gehört es, zwischen straffreier Polemik und strafbarer Beleidigung sorgfältig zu unterscheiden. Das Bundesverfassungsgericht betonte wiederholt das „besondere Schutzbedürfnis der Machtkritik“, warnte aber im gleichen Atemzug vor „böswilligen Verächtlichmachungen“ [BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 29. Juli 1998 - 1 BvR 287/93 -, Rn. (1-52)]. Wir fordern die Justiz auf, Bürger und Politiker vor Verunglimpfungen und bodenlosen Diffamierungen zu schützen. In Deutschland gibt es die besorgniserregende Tendenz, Denunziationen zuzulassen, aber die Äußerung von Regierungskritik einzuschränken. Es muss genau andersherum sein: Regierungskritik muss möglich sein, aber Denunziationen müssen unterbunden werden.
6. **Medien:** Die Medien fordern wir auf, keinen Regierungsjournalismus oder Haltungsjournalismus zu betreiben. Stattdessen brauchen wir sie als korrigierende „Vierte Gewalt“, die sich umfassend kritisch mit dem politischen Geschehen auseinandersetzt. Berichterstattung und Kommentar müssen dabei klar getrennt werden. Selbst bei den zur Objektivität verpflichteten öffentlich-rechtlichen Sendern ist das nicht immer der Fall. Mangelhaft ist ebenso die Repräsentation der gewählten Volksvertreter in den verschiedenen Politik-Formaten dieser Sender. Alle Parteien müssen entsprechend ihrer aktuellen Wahlergebnisse abgebildet werden.

Zur vorliegenden Grundsatzklärung betont der Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Die Demokratie zählt zu den größten Errungenschaften der europäischen Geschichte. Sie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern wird auch heute noch in Frage gestellt. Deshalb ist es die Pflicht eines jeden Bürgers, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen.“

Bildquelle:

Bundesarchiv, Bild 183-1990-0108-033 / Friedrich Gahlbeck / CC-BY-SA 3.0

[https://de.wikipedia.org/wiki/Montagsdemonstrationen\\_1989/1990\\_in\\_der\\_DDR#/media/Datei:Bundesarchiv\\_Bild\\_183-1990-0108-033,\\_Leipzig,\\_Montagsdemonstration.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Montagsdemonstrationen_1989/1990_in_der_DDR#/media/Datei:Bundesarchiv_Bild_183-1990-0108-033,_Leipzig,_Montagsdemonstration.jpg)

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.2.2020

### **Sparkasse forciert schleichende Enteignung: Euro-Politik der CDU endgültig gescheitert**

Die Sparkasse Vogtland verlangt seit Anfang Februar „Strafzinsen von derzeit minus 0,7 Prozent“, berichtet die Freie Presse heute. Dies sei ein „Novum im Freistaat“. Erstmals trifft es auch private Kleinsparer mit einem Girokonto.



Dazu erklärt der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Jan Zwerg:

„Über Strafzinsen und horrende Bankgebühren werden die sächsischen Bürger schleichend enteignet. Während Lebensmittelpreise und Mieten steigen, schmilzt das Vermögen der Leute durch die desaströse Finanzpolitik der CDU wie Eis in der Sonne.“

Wer Anfang der 90er-Jahre monatlich kontinuierlich 200 Euro zur Seite legen konnte, hatte 30 Jahre später einen Zinsertrag von über 40.000 Euro. Die Kunden der Sparkasse Vogtland würden nach aktuellem Stand hingegen über 7.000 Euro an Strafzinsen für diese 200 Euro bezahlen müssen, sofern diese auf ihrem Girokonto liegen, um ein finanzielles Puffer für größere Anschaffungen zu haben.

Mit Blick auf die Altersvorsorge sind das beunruhigende Nachrichten. Die politische Verantwortung dafür trägt die Partei des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer. Um die Fehlkonstruktion des Euro sowie Griechenland und Italien zu retten, hat die CDU die Minuszinsen für die eigenen Bürger billigend in Kauf genommen. Kretschmer hat in seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter von 2002 bis 2017 all diese Fehlentscheidungen und offenen Rechtsbrüche mitgetragen.

Die AfD dagegen wurde 2013 aus Protest gegen die europäische Transferunion gegründet.“  
<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/sparkasse-forciert-schleichende-enteignung-euro-politik-der-cdu-endgueltig-gescheitert.html>



## Neues von der Alternative für Deutschland

### PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 8./9.2.2020

#### **Katholische Kirche ist doch bürgerlich-konservative Bastion...**

Bereits am Donnerstag gratulierte der Erfurter Bischof Neymeyer dem neu gewählten Ministerpräsidenten Kemmerich (FDP) zum neuen Amt und wünschte ihm „Gottes Segen“ und erklärte weiter, dass die Aufgabe eines Ministerpräsidenten „auch darin bestehe, eine Gesellschaft zusammenzuhalten“. Das Wahlergebnis bilde die Gesellschaft Thüringens auch mit ihren Polarisierungen ab.

Dazu Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher und Bundestagsabgeordneter, dessen Wahlkreis Erfurt umfasst:

„Gerade angesichts der Turbulenzen der letzten Tage, die im Ergebnis sogar dazu geführt haben, dass der Ostbeauftragte Hirte wegen bloßer Glückwünsche zum Rücktritt gezwungen wurde, ist es als besonders positiv zu bewerten, dass die katholische Kirche in Thüringen dem politischen Druck nicht nachgibt, Haltung zeigt und sowohl die Notwendigkeit als auch das Gegebensein der bürgerlichen Mehrheit in Thüringen als wichtig für unser Land erkennt“.

Noch vor einiger Zeit habe Bischof Neymeyer sogar die Beleuchtung des Doms gelöscht, als die AfD auf dem Domplatz eine Versammlung abhielt. Dafür war er von Brandner scharf kritisiert worden.

„Aber das ist nun Gott sei dank Vergangenheit. Ich bin jetzt froh, dass sich zumindest die katholische Kirche in Thüringen wieder der konservativ-bürgerlichen Werte erinnert und offen dazu steht. Offenbar hat der Bischof auch erkannt, wie wichtig ein nichtsozialistischer Ministerpräsident für Thüringen ist. Ich persönlich fühle mich endlich einmal wieder darin bestärkt, bisher nicht aus der katholischen Kirche ausgetreten zu sein“, so Brandner abschließend.

<https://www.afd.de/stephan-brandner-katholische-kirche-ist-doch-buergerlich-konservative-bastion/>

### PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2020

#### **Der Rücktritt – erst Kramp-Karrenbauer, jetzt Merkel!**

Zum heute angekündigten Rücktritt von Annegret Kramp-Karrenbauer als CDU-Parteivorsitzende und -Kanzlerkandidatin erklärt Bundessprecher Jörg Meuthen:

„Der heute angekündigte Rückzug von Annegret Kramp-Karrenbauer vom Parteivorsitz und von der Kanzlerkandidatur ist die unmittelbare und richtige Folge ihres unglücklichen Agierens.

Das eigentliche Problem der CDU ist damit jedoch in keiner Weise gelöst: Die Partei ist inhaltlich und personell komplett entkernt. Verantwortlich dafür ist die langjährige CDU-Parteichefin und Kanzlerin Angela Merkel. Ihr vollständiger politischer Rückzug ist unabdingbare Voraussetzung einer wirklichen Erneuerung der CDU. Darunter geht es nicht. Kommt es nicht sehr bald zu diesem Schritt, wird sich die Agonie der CDU noch beschleunigen.“

<https://www.afd.de/joerg-meuthen-der-ruecktritt-erst-kramp-karrenbauer-jetzt-merkel/>

### **Nach AKK muss auch Merkel zurücktreten – für eine bürgerliche Mehrheit**

Den angekündigten Rückzug von Kramp-Karrenbauer vom CDU-Vorsitz und den Verzicht auf eine Kanzlerkandidatur kommentiert Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin, wie folgt:

„AKK ist doch wieder nur ein Bauernopfer von Merkel. Die Verantwortung für die fatale Lage der CDU, in der man sogar Werteunion-Mitglieder aus der Partei entfernen will, trägt Merkel. Die CDU braucht einen inhaltlichen Neuanfang. Wenn die CDU nicht den Weg der ehemaligen Volkspartei SPD gehen will, kann das nur heißen: Merkel muss zurücktreten und den Weg für einen politischen Neuanfang freimachen. Die Union muss sich jetzt entscheiden: Entweder für die Linksfront unter Einschluss der kommunistischen SED-Erben oder für eine bürgerliche Mehrheit mit der AfD.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-nach-akk-muss-auch-merkel-zuruecktreten-fuer-eine-buergerliche-mehrheit/>

### **Rücktritt von Kramp-Karrenbauer ist zu begrüßen**

Der Ehrenvorsitzende, Dr. Alexander Gauland, kommentiert den angekündigten Rücktritt von Kramp-Karrenbauer wie folgt:

„Der angekündigte Rücktritt Frau Kramp-Karrenbauers ist zu begrüßen. Ihre parteiinterne Politik der Ausgrenzung gegenüber unserer demokratischen Bürgerpartei hat sie nicht durchsetzen können und das ist auch gut so. Es ist völlig unsinnig und realitätsfern, auf Dauer nicht mit der AfD zusammen arbeiten zu wollen. Ihre Parteibasis hat das längst erkannt. Sie hat die CDU mit ihrem Ausgrenzungskurs ins Chaos gestürzt. Wenn die Union lieber Politiker der mehrfach umbenannten SED in Staatsämter hieven will als mit uns auch nur zu reden, verabschiedet sie sich aus dem bürgerlichen Lager.“

<https://www.afd.de/alexander-gauland-ruecktritt-von-kramp-karrenbauer-ist-zu-begruessen/>



## PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.2.2020

### Strafanzeige gegen Merkel – Wegen Nötigung des Ministerpräsidenten durch die Bundeskanzlerin

Die Einflußnahme der Bundeskanzlerin auf die Regierungsbildung in einem Bundesland, die den gewählten Ministerpräsidenten und Angehörigen einer anderen Partei – der FDP – zum Rücktritt genötigt hat, ist nicht hinnehmbar. Diesen Ministerpräsidenten habe auch ich in freier Entscheidung als Abgeordneter mitgewählt.

Wie die »Welt am Sonntag« berichtete, hatte Merkel den sofortigen Rückzug von Kemmerich dadurch erzwungen, daß sie mit der Beendigung der beiden

Landesregierungen mit CDU- und FDP-Beteiligung drohte. Das verfügte sie in ihrer Eigenschaft als Bundeskanzlerin, denn sie ist keine CDU-Vorsitzende mehr. Und selbst dann wäre es immer noch die freie Entscheidung der jeweiligen Fraktionen.

Besondere Autorität verlieh der Bundeskanzlerin offenbar die Erklärung des Koalitionsausschusses, an dem sie federführend teilnahm. Die offenbar sehr wirkungsvolle Drohkulisse entstand unter dem zusätzlichen Eindruck von unmittelbarer Gewaltandrohungen gegen den Ministerpräsidenten, seine Frau und seine Kinder sowie Anschlägen gegen FDP-Einrichtungen. Auf eine öffentliche Verurteilung dieser Gewalt durch die Kanzlerin warten wir bis heute.

Das ist nichts anderes als ein Putsch der Bundeskanzlerin gegen ein Verfassungsorgan des Landes Thüringen. Danach können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Deswegen ist es wichtig, daß mit der Anzeige der Widerstand gegen diese Methoden dokumentiert wird.

<https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1424703574437591/2561339790773958/?type=3&theater>

### Stephan Brandner fordert auch Ermittlungen gegen Mitglieder des Koalitionsausschusses

Der stellvertretende Bundessprecher Stephan Brandner sieht in dem Ergebnis des Koalitionsausschusses vom 8. Februar 2020 eine strafrechtlich relevante Nötigung von Thomas Kemmerich nach Paragraph 106 Strafgesetzbuch. In dem Papier des Koalitionsausschusses heißt es:

„Die Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen mit einer Mehrheit, die nur durch Stimmen der AfD zustande kam, ist ein unverzeihlicher Vorgang. Die Koalitionspartner erwarten, dass der gewählte Ministerpräsident Thomas Kemmerich heute daraus die einzig richtige Konsequenz zieht und von seinem Amt zurücktritt.“



Dazu erklärt Brandner: „Der Verdacht steht hier sehr eindeutig im Raum, dass Thomas Kemmerich durch die Mitglieder des Koalitionssausschusses genötigt wurde, sein Amt als Ministerpräsident Thüringens abzugeben.“

Die Staatsanwaltschaft muss nun ermitteln, ob die Tatbestandsmerkmale insbesondere des Paragraphen 106 StGB vorliegen und gegebenenfalls die mutmaßlichen Täter aus CDU/CSU und SPD anklagen.“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-fordert-auch-ermittlungen-gegen-mitglieder-des-koalitionssausschusses/>

### **Konservative haben keinen Platz mehr in der CDU!**

Eine unfassbare Entgleisung: Der ehemalige CDU-Europa-Abgeordnete Elmar Brok vergleicht die WerteUnion mit einem "Krebsgeschwür", das man "mit aller Rücksichtslosigkeit" bekämpfen müsse, "damit ein solches Krebsgeschwür nicht in die Partei hineinkriechen kann". Dem Rhetorik-Giftschrank finsterster Zeiten entlehnt, wird der konservative Rest der Union zum Feind in den eigenen Reihen erklärt. Auch der Unionsfraktionschef im Bundestag, Ralph Brinkhaus, sowie die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz stellen klar, dass man mit "denen" nichts mehr zu tun haben will.



Wo die Meinung Andersdenkender in der Partei dazu führt, dass man auf ihre sprachliche Vernichtung abzielt, sie ausgrenzt und verunglimpft, ist der Auflösungsprozess innerhalb der Union weit fortgeschritten. Dabei scheint es offenbar egal, wie unappetitlich es wird. Die große Säuberungsaktion einer in sich völlig zerstrittenen und entkernten politischen Elite mit all ihren Bauernopfern müssen nicht nur die konservativen Geister der WerteUnion derzeit erleben. Seit Thüringen rollen die Köpfe: Vom FDP-Ministerpräsident Kemmerich, über den CDU-Ostbeauftragten Hirte bis zur gechassten CDU-Noch-Vorsitzenden und Kanzlerkandidatin Kramp-Karrenbauer - sie alle mussten ihren Hut nehmen, weil Merkel das so wollte.

Die Angst vor der AfD geht um. Langsam reift die Erkenntnis, dass man mit Ausgrenzung nicht weiterkommt. Unseren Erfolg wird die unter Druck geratene Kanzlerin auch nicht dann verhindern können, wenn sie um sich beißt und in antidemokratischer Manier all jene vor die Tür setzt, die ihr gut gedient haben. Die AfD ist eine Partei, die fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Konservative Denker sind uns herzlich willkommen.

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/cdu-politiker-bezeichnen-werteunion-als-krebsgeschwuer>



**Amtsmissbrauch und Nötigung – Anzeige gegen Merkel**

Am vergangenen Donnerstag stellt sich Bundeskanzlerin Merkel in Pretoria vor die internationale Presse, um Stellung zur Ministerpräsidentenwahl in Thüringen am Vortag zu beziehen. „Unverzeihlich“ nennt sie das demokratische Votum der Abgeordneten und verlangt, die Wahlentscheidung „rückgängig“ zu machen. Sie äußert sich eindeutig parteilich und verächtlich gegenüber der AfD. Sie macht das im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem südafrikanischen Präsidenten und spricht dabei ganz klar als deutsche Regierungschefin und nicht als einfache Bundestagsabgeordnete der CDU. Damit hat Merkel die gebotene Neutralität als Kanzlerin eklatant verletzt und ihr Amt für Parteipolitik missbraucht.

Darüber hinaus waren es Merkel persönlich und der von ihr dominierte Koalitionsausschuss, die den thüringischen Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich unter Druck setzten und der FDP nach zahlreichen Berichten mit drastischen Konsequenzen drohten. In der Folge gab Kemmerich dem Druck nach und erklärte seinen Amtsverzicht. Wir sehen in dem Verhalten von Angela Merkel den Straftatbestand nach §106 StGB erfüllt, der für die Nötigung des Mitglieds einer Landesregierung eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren vorsieht.

Unser Bundesvorstand hat deshalb gestern einstimmig beschlossen, Merkel zum einen wegen ihres Amtsmissbrauchs zum Nachteil der AfD abmahnen zu lassen und zum anderen Strafanzeige zu stellen.

Ein solches undemokratisches und rechtswidriges Verhalten darf sich Deutschland nicht länger gefallen lassen. Angela Merkel hat erneut bewiesen, dass sie nicht in der Lage ist, die Regierungsgeschäfte unparteiisch und ausschließlich am Wohle des deutschen Volkes orientiert zu führen. Sie hat keinen Respekt vor dem Recht. Es ist höchste Zeit, dass sie ihr Amt zur Verfügung stellt, um Schaden für unser Land und unsere Demokratie abzuwenden. Treten Sie zurück, Frau Merkel!

<https://www.facebook.com/alternativ fuerde/photos/a.542889462408064/2978320335531619/?type=3&theater>

**Genug ist genug! Die AfD klagt gegen Innenminister Horst Seehofer**

Der Verdacht steht im Raum, dass er seine Neutralitätspflicht verletzt hat, indem er in einem



Interview unserer Partei vorwarf, sich gegen den Staat zu stellen. Ferner bezeichnete er die AfD als "staatszersetzend". Das Interview konnte man zeitweise auf der Internetseite des Bundesinnenministeriums nachlesen.

In ihrer Klage stützt sich die AfD auf die eindeutige verfassungsrechtliche Vorgabe, dass alle Parteien im politischen Wettbewerb die gleichen Chancen haben müssen. Schon früher hatte das Bundesverfassungsgericht dazu geurteilt, dass sich staatliche Organe deshalb grundsätzlich neutral verhalten müssen. Die Chancen stehen gut, dass Seehofer eine Niederlage im Verfahren kassiert. Selbige musste schon die ehemalige Bundesbildungsministerin

Johanna Wank einstecken, als sie wenig neutral gegen die AfD ätzte.

<https://www.tagesschau.de/inland/bverfg-seehofer-afd-101.html>

**PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.2.2020****Merks Ostbeauftragter sollte zurücktreten**

Der neue Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, hat im November 2018 die Alternative für Deutschland und den früheren Brandenburger AfD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Alexander Gauland als „giftigen Abschaum“ bezeichnet.

Der entsprechende Beitrag war auch heute (Stand 15:21 Uhr) noch immer bei **Twitter** zu sehen.

Bundesvorstandsmitglied Andreas Kalbitz erklärt dazu:

„Angela Merks primitiv entgleisender Ostbeauftragter Marco Wanderwitz sollte unverzüglich zurücktreten. Da er den Twitter-Eintrag auch nach einem Jahr noch nicht gelöscht hat, kann die Pöbelei nicht mit dem Argument verharmlost werden, dass der Tweet schon ein Jahr zurückliegt.“

Dass ein solcher Hasskommentar von den Altparteien und den etablierten Medien nicht skandalisiert wird, während sein Amtsvorgänger wegen einer Gratulation für den demokratisch gewählten Thüringer Ministerpräsidenten auf Druck von Merkel zurücktreten musste, spricht Bände. Es macht deutlich, wie heuchlerisch die dauernde politische und mediale Empörung über Hass und Hetze ist.

<https://www.afd.de/andreas-kalbitz-merks-primitiv-entgleisender-ostbeauftragter-marco-wanderwitz-sollte-zuruecktreten/>

**Merkels AfD-Ausgrenzung wird nicht länger funktionieren**

Der designierte Ostbeauftragte der Bundesregierung Marco Wanderwitz fordert, den CDU-Beschluss über die Abgrenzung von AfD und Linken auch in den Bundesländern einzuhalten. Der Unvereinbarkeitsbeschluss gelte auch auf Landesebene und damit auch für Thüringen, sagte Wanderwitz heute im ZDF.

Dazu erklärt Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin:

„Auch ein willfähriger Ostbeauftragter von Merkels Gnaden wird die Annäherung der CDU an die AfD in den Ostbundesländern nicht aufhalten können. Die Diskussion, wie man mit bürgerlichen Mehrheiten Rot-Rot-Grüne-Bündnisse verhindern kann, ist längst im vollen Gange.“

Die CDU muss sich jetzt entscheiden, nicht nur in Thüringen: Entweder für eine Politik der Linksfront unter Einschluss der kommunistischen SED-Erben oder für eine bürgerliche Mehrheit mit der AfD. Die CDU im Osten muss sich von Merkels Gängelung befreien. Sonst wird die CDU im Osten untergehen.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-merkels-afd-ausgrenzung-wird-nicht-laenger-funktionieren/>

**LINKE zeigt ihr wahres SED-Gesicht: Verfassungstreu ist anders**

Der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland, erachtet es als besorgniserregend, wie DIE LINKE in Thüringen zur Landesverfassung steht. Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag, Hennig-Wellsow, hatte angekündigt, bei der nächsten Ministerpräsidentenwahl ausschließen zu wollen, dass ihr Kandidat möglicherweise durch Stimmen aus der AfD-Fraktion gewählt werde. Um dieses parteipolitische Ziel zu erreichen, sollte sichergestellt werden, dass „die Stimmen dokumentiert sind“. Damit würde DIE LINKE die Landesverfassung Thüringen außer Kraft setzen, die in § 70 festlegt, dass der „Ministerpräsident vom Landtag in geheimer Abstimmung“ zu wählen ist.

„Offenbar halten die LINKEN die Möglichkeit, dass unsere Freunde in Thüringen tatsächlich für Herrn Ramelow stimmen könnten, für so realistisch, dass sie bereit sind, offen ihr wahres, antidemokratisches SED-Gesicht zu zeigen. Freie und geheime Wahlen sind den Linken eben doch ein Ärgernis. Nun sollen die Stimmen lieber dokumentiert werden. Dann können auch die roten Frontkämpfer von der Antifa nach der Wahl gezielter zu den Familien der Abgeordneten beordert werden, welche ‚falsch‘ oder ‚undokumentiert‘ abgestimmt haben. Die Direktive von Walther Ulbricht – ‚Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben‘ – hat für die Linken ganz offensichtlich nicht an Gültigkeit verloren.“

Wirklich besorgniserregend ist, mit welchem Ton der Selbstverständlichkeit so etwas heute im öffentlich-rechtlichen Rundfunk völlig unwidersprochen gefordert werden kann. Es steht schlimm um die Demokratie in unserem Land“, sagt Gauland.

<https://www.afd.de/alexander-gauland-linke-zeigt-ihr-wahres-sed-gesicht-verfassungstreu-ist-anders/>

**AfD darf nicht im Verfassungsschutzbericht aufgeführt werden**

Vor einem Jahr hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD öffentlich als „Prüffall“ bezeichnet, um unsere Partei im politischen Auftrag zu diskreditieren. Doch diese Bezeichnung hätte der Verfassungsschutz nie öffentlich verwenden dürfen, denn es handelt sich um einen Begriff ohne Rechtsgrundlage. So haben die Richter des Kölner Verwaltungsgerichts inzwischen auf unsere Klage hin entschieden. Das Urteil hat das Bundesamt angenommen, es ist rechtskräftig.

Einmal im Jahr veröffentlicht nun das Bundesministerium des Innern den Verfassungsschutzbericht. Er listet auf, bei wessen Aktivitäten der Verfassungsschutz ganz genau hingeschaut hat. Linksextreme Gewalttäter, Reichsbürger, Rechtsextremisten, Salafisten, Islamisten, religiöse Gefährder, Terroristen, Verschwörer, die offen oder verdeckt die Verfassung unseres Landes angreifen.



All das hat selbstverständlich nichts mit der Alternative für Deutschland zu tun. Wir stehen als Rechtsstaatspartei fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir sind die Partei, die für Recht und Gesetz auf allen Ebenen eintritt und – sehr häufig im Gegensatz zu den Altparteien – darauf dringt, dass geltende Gesetze respektiert und auch angewandt werden. Wenn eine Partei darauf ausgerichtet ist, unsere Verfassung zu schützen, dann ist es die AfD.

Nichtsdestotrotz ist zu befürchten, dass Seehofers Ministerium das politische Spiel dennoch weiter treibt, und die AfD trotz des gerichtlichen Verbots für die nachgeordnete Behörde, in seinem Bericht erwähnt.

Aus diesem Grund hat die AfD heute mit einem Schreiben an das Bundesministerium des Innern klargemacht, dass unsere Partei in dem kommenden Bericht für das Jahr 2019 nicht auftauchen darf. Eine Erwähnung der AfD wäre ein schwerer, politisch motivierter Eingriff in die Parteienfreiheit. Der AfD würde dadurch immenser Schaden zugefügt, der Staat würde unsere Partei und seine Mitglieder brandmarken und so aus der politischen Willensbildung ausgrenzen.

Politische Mitbewerber und auch mit ihnen verbandelte Redakteure können aus Eigeninteresse im Rahmen von Meinungs- und Pressefreiheit jederzeit wahrheitswidrig behaupten, die AfD verfolge verfassungsfeindliche Ziele, aber für den Staat, der nach dem Gleichheitssatz in Artikel 3 des Grundgesetzes niemanden wegen seiner "politischen Anschauungen" diskriminieren darf, verbietet sich das.

Der Verfassungsschutz hat die Verfassung zu schützen und nicht die Regierung und die sie tragenden Parteien – auch wenn diese glauben, nur noch mit unfairen Methoden die bürgerliche Oppositionspartei AfD kleinhalten zu können. Das wird auch niemals gelingen.

<https://www.afd.de/grundgesetz/>

**Jeder zweite Deutsche meint: Die AfD wird spätestens bis 2030 regieren!**

Genau 48 Prozent der Befragten sind sich ganz sicher: Spätestens in 10 Jahren wird die AfD in Regierungsverantwortung sein – entweder im Bund oder in einem oder mehreren Landesparlamenten. Das hat eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes YouGov ergeben. Nicht einmal ein Drittel (29 %) kann sich eine Regierung unter Beteiligung der AfD nicht vorstellen.



Schon jetzt fänden es 26% der Deutschen gut, wenn die AfD sofort auf Landesebene mitregieren könnte. 19% wünschen sich das auch für den Bund.

Hier zeigt sich erneut ganz deutlich, dass die etablierte Politik mit ihrer teils hysterischen Abgrenzung gegenüber der AfD längst nicht mehr das Volk vertritt. Den Bürgern ist klar, dass eine Regierungsbeteiligung der AfD der einzige Weg ist, um

das Land wieder auf einen vernünftigen Kurs zu bringen.

Gerade die ehrlosen Versuche, in Thüringen eine Regierung an der AfD vorbei zu bilden haben sicherlich den Wunsch nach Regierungen mit der AfD noch gestärkt. Denn das ist es, was der Bürgerliche, der konservative Wähler auch in Thüringen will: Er will sicherlich keinen linken Ministerpräsidenten Ramelow, der von der CDU mitgewählt wird. Er will eine Regierung, an der die AfD entweder beteiligt ist oder die zumindest von der AfD geduldet wird. Eine Regierung, die RotRotGrün endlich beendet und bürgerliche Politik im Erfurter Landtag macht.

[AfD.de/mitmirken](https://www.afd.de/mitmirken)

<https://www.stern.de/panorama/fast-jeder-zweite-rechnet-mit-afd-regierungsbeteiligung-bis-2030-9131244.html>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.2.2020**

**Die AfD hat rund 7 Millionen Euro geerbt**

Der stellvertretende Bundesschatzmeister Carsten Hütter erklärt:

„Die Alternative für Deutschland hat einen Nachlass im Wert von rund sieben Millionen Euro geerbt. Das geht aus dem Rechenschaftsbericht der Partei für das Jahr 2018 hervor. Der Bericht liegt bei der Bundestagsverwaltung und wird in Kürze veröffentlicht.“

Der im Jahr 2018 verstorbene Reiner Strangfeld aus Bückeberg bedachte die AfD mit diesem Nachlass, der zu einem großen Teil aus Sachwerten wie Immobilien und Edelmetallen besteht.

Eine Erbschaft löst keine Ansprüche auf staatliche Parteienfinanzierung aus. Es bleibt also bei den rund sieben Millionen Euro.“

<https://www.afd.de/carsten-huetter-die-afd-hat-rund-7-millionen-euro-geerbt/>



**Es ist Zeit für Kanzlerin Merkel abzutreten**

Die stellvertretende Bundessprecherin Alice Weidel fordert nach den Vorgängen um den erzwungenen Rücktritt des gewählten Thüringer Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich (FDP) den Rücktritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel:

„Thüringen ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die Bundeskanzlerin verfügt selbstherrlich via Medienverlautbarung, dass die demokratisch einwandfreie Wahl des Ministerpräsidenten des Landes Thüringen ‚rückgängig‘ gemacht werden müsse. Nach dessen erzwungenem Rücktritt übt sie unter Missachtung der Freiheit des Abgeordnetenmandats erpresserischen Druck auf die Thüringer Landtagsabgeordneten der CDU aus, um die von ihr gewünschte Wahl des SED-Sozialisten Bodo Ramelow durchzusetzen.

Zum linksextremen Terror gegen Thomas Kemmerich und seine Familie sagt die Kanzlerin kein Wort. Statt dessen lässt sie eine Hexenjagd auf alle veranstalten, die ihm nach gutem demokratischem Brauch zu seiner Wahl gratuliert hatten, feuert deswegen den aus Thüringen stammenden Ostbeauftragten Christian Hirte und beruft an seiner Stelle Marco Wanderwitz, der sich durch wiederholte hetzerische und spalterische Äußerungen im Grunde für jedes höhere Amt disqualifiziert hat.

Angela Merkel hat bereits einen langen Katalog von Rechtsbrüchen zu verantworten, die das Fundament unserer parlamentarischen Demokratie und unseres Rechtsstaats untergraben. Die Liste reicht von der vertragsverletzenden Euro-‚Rettung‘ über die ‚Energiewende‘ bis zur grundgesetzwidrigen Öffnung der Grenzen für unkontrollierte Migration unter Missbrauch des Asylrechts.

Merkels Verhalten in der Thüringen-Krise erinnert nicht nur den Thüringer CDU-Fraktionsvize Michael Heym an ‚tiefste DDR-Zeiten‘, aus denen sich die Kanzlerin geistig noch immer nicht ganz gelöst hat. Ein neuer Gipfel der Dreistigkeit ist die Behauptung Merkels, die AfD wolle ‚die Demokratie kaputt machen‘. Dass sie selbst die eigentliche ‚Demokratieverächterin‘ ist, steht nach den Ereignissen in Thüringen außer Frage: Sie hat willkürlich demokratische Grundprinzipien ausgehebelt – den Föderalismus, das freie Abgeordnetenmandat und den Willen der Wähler, die in Thüringen mehrheitlich nicht-links gestimmt haben.

Mit dem Rücktritt von Annegret Kramp-Karrenbauer ist es nicht getan. Die Kanzlerin hat die von ihr installierte CDU-Vorsitzende geopfert, um sich noch länger an die Macht klammern zu können. Das wahre Problem sitzt im Kanzleramt: Angela Merkel muss endlich abtreten, bevor sie noch größeren Schaden über unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat bringt“, sagt Weidel.  
<https://www.afd.de/alice-weidel-es-ist-zeit-fuer-kanzlerin-merkel-abzutreten/>

**Die Meinungsfreiheit an deutschen Hochschulen muss verteidigt werden**

Der Ehrenvorsitzende Dr. Alexander Gauland sieht in der Einschränkung der Meinungsfreiheit an deutschen Hochschulen eine ernste Gefahr für die Qualität von Forschung und Lehre. Bezugnehmend auf eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Studie zum Stand der Meinungsfreiheit an unseren Universitäten sagt Gauland:

„Die Hochschulen sind zum Spielfeld des linken Gesinnungsterrors geworden. Die Hochschullehrer-Umfrage bestätigt einmal mehr, dass die Feinde der Freiheit auf der Linken stehen. Politische Korrektheit vergiftet das Klima und zerstört die Wissenschaft.

Es ist nicht hinnehmbar, wenn an Universitäten konservativ und freiheitlich gesinnte Wissenschaftler mit Gewalt und Einschüchterung gegen Studenten und Kollegen an ihrer Tätigkeit gehindert werden. Und es ist ein Alarmzeichen, wenn Lehrstühle und Universitätsleitungen dem linksextremen Druck nachgeben und AfD-nahe oder andere nicht linke Persönlichkeiten nicht mehr einladen.

Wo, wenn nicht an den Hochschulen, soll der **freie Wettbewerb der Meinungen** und Ideen stattfinden? Es ist überfällig, dass Hochschulen, Wissenschaftler und akademische Lehrkräfte sich der linken Intoleranz widersetzen und die Meinungsfreiheit verteidigen.

<https://www.afd.de/alexander-gauland-die-meinungsfreiheit-an-deutschen-hochschulen-muss-verteidigt-werden/>





## Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

### PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 8./9.2.2020

#### **Die Bundesregierung bleibt ihrem Wahlspruch treu: aus Illegalität Legalität machen!**

Zu dem Vorschlag des Bundesinnenministeriums zur Neufassung der EU-Asylregelungen erklärt der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Gottfried Curio:

Die Bundesregierung bleibt ihrem Wahlspruch treu: aus Illegalität Legalität machen – sie hat ein Papier entworfen, das ihre Rechtsbruchpolitik im Asylrecht weißwaschen soll. Das offenbart einmal mehr das revolutionär neue Verständnis des Rechtsstaats unter der Merkel-Union: man bricht erst Gesetze – und ändert sie dann nachträglich passend ab, um sich selbst ins Recht zu setzen. Ähnlichkeiten zu ihrem anti-demokratischen, autokratischen Gebaren in Thüringen, wo mit erpresserischem Druck und politischer Bedrohung demokratische Entscheidungen rückgängig gemacht werden, sind alles andere als zufällig.

Der ursprüngliche BMI-Vorschlag war: Verfahren an den EU-Grenzen, während derer die „Schutzsuchenden“ inhaftiert sind. Nur bei positiver Vorprüfung erfolgt die Einreise zur Durchführung des Asylverfahrens in die EU; diese Asylsuchenden werden dann nach einem Schlüssel auf die Mitgliedstaaten verteilt (»fair share«-Modell). Bei negativ ausfallender Vorprüfung werden die Asylanträge im Grenzverfahren abschließend entschieden, inkl. Abschiebung im Falle einer Ablehnung. Dass schon das sog. »fair share«-Modell eine Vergewaltigung der unwilligen Mitgliedsländer intendiert sowie eine Aufrechterhaltung der Sogwirkung der innereuropäischen Länder, v.a. Deutschlands, ist das Eine – doch dies war dem Kanzleramt noch immer zu viel an Abschirmung gegenüber den ersehnten Neubürgern.

Denn war schon der ursprüngliche Entwurf v.a. auf eine nachträgliche Legitimation der Rechtsverletzungen von Merkel, de Maiziere und Seehofer angelegt (jahrelang bewusst unterlassener Grenzschutz gegen illegale Migration sowie Bruch von Dublin III, der Zuständigkeit des Erstzutrittsstaats), so wurde der neue Entwurf jetzt – wohl in vorauseilendem Gehorsam gegenüber einer Kanzlerin, die nicht möchte, dass der Strom der Migranten nach Deutschland versiegt – noch einmal weiter verwässert, er gewährt nun Migranten zahlreiche neue Rechte: Asylbewerber können „Prioritäten“ angeben, in welches Land sie gebracht werden wollen; anders als im ursprünglichen Papier sieht das Dokument nun auch einen besonderen Rechtsschutz für abgewiesene Personen vor: sie sollen genauso gegen ihre Schnellablehnung klagen dürfen wie auch gegen eine Zwangsverteilung auf ein bestimmtes EU-Land.

Die Zielrichtung ist klar: der demographische Umbau Deutschlands – oder, um mit den Worten der Kanzlerin zu sprechen: eine Transformation von gigantischem, historischem Ausmaß. Wer glaubte, dies bezöge sich nur auf ihre Fehlentscheidungen in Energie- und Verkehrspolitik, irrte gewaltig. Setzt die große Vorsitzende sich durch, wird es ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben,

in einer Generation nicht mehr geben.

<https://www.afdbundestag.de/curio-die-bundesregierung-bleibt-ihrem-wahlspruch-treu-aus-illegalitaet-legalitaet-machen/>

### **Entlassung des Ostbeauftragten ist ein Skandal**

Zur Entlassung des Ostbeauftragten der Bundesregierung, Christian Hirte, erklärt der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag, Leif-Erik Holm:

„Die Entlassung von Christian Hirte trägt Züge einer Säuberungsaktion. Offenbar soll nun jeder politisch zur Strecke gebracht werden, der es wagte, dem FDP-Ministerpräsidenten zu seiner Wahl zu gratulieren.

Was für ein Irrsinn! Wer wird der Nächste sein? Hat Dorothea Bär ihren Tweet noch rechtzeitig gelöscht, oder ist sie jetzt auch dran? Dass sich eine CDU-Kanzlerin einmal zur Erfüllungsgehilfin der umbenannten SED machen würde, hätte ich mir 1990 wirklich nicht träumen lassen.

Herr Hirte war einigen schon lange ein Dorn im Auge. Immer wieder hatte er die Bürger im Osten gegen die versuchte Stigmatisierung mit der Nazikeule in Schutz genommen. Kein Wunder also, dass er nun weg musste. Wieder einmal hat Angela Merkel einen CDU-Abweichler in der Regierung aus dem Weg geräumt. Wir können wohl davon ausgehen, dass der nächste Ostbeauftragte die Annäherung von CDU/CSU und Linkspartei weiter vorantreiben wird.

Nie war die Union in einem desolateren Zustand als unter Merkel und Kramp-Karrenbauer.“  
<https://www.afdbundestag.de/holm-entlassung-des-ostbeauftragten-ist-ein-skandal/>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2020**

### **Julia Klöckner führt Bauern mit UTP-Richtlinie in die Irre**

In einer kleinen Anfrage (BT-Drs. 19/16669) an die Bundesregierung hat die AfD-Bundestagsfraktion der Bundesregierung mehrere Fragen zur Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette gestellt (UTP-Richtlinie). Zu den Antworten der Bundesregierung äußert sich der Agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, wie folgt:

„Lautstark verkündet die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner derzeit, dass sie Dumpingpreise im Lebensmitteleinzelhandel bekämpfen möchte. Dadurch, so verspricht sie den Bauern, würden die Erzeugerpreise steigen. Erreichen will sie dies, indem sie die EU-Richtlinie zu unlauteren Handelspraktiken umsetzen will.

Dabei scheint sie zu vergessen, dass die Preisbildung für agrarische Rohstoffe bei offenen Handelsgrenzen auf dem Weltmarkt stattfindet. Aufgrund von Überkapazitäten und Billigimporten aus dem Ausland sind die Erzeugerpreise derzeit so niedrig. Dazu kommt noch der enorme Kostendruck durch den starken Verdrängungswettbewerb zwischen den Lebensmittelherstellern sowie die starke Nachfragemacht der vier großen Lebensmitteleinzelhandelsunternehmen. Mit der

Umsetzung der UTP-Richtlinie kann sie also allenfalls eine Risikoverlagerung der Abnehmer auf die Erzeuger ausschließen, indem bestimmte unlautere Handelspraktiken verboten werden. An dem strukturellen Verhandlungsungleichgewicht und der Höhe der Erzeugerpreise ändert das jedoch nichts.

Ich fordere die Bundeslandwirtschaftsministerin deshalb zu mehr Ehrlichkeit in der Debatte auf. Die Umsetzung der UTP-Richtlinie wird nichts an der Höhe der Erzeugerpreise ändern. Es ist notwendig die heimischen qualitativ hochwertigen Produkte von der Konkurrenz abzuheben, damit die Bauern höhere Erzeugerpreise erzielen können. In unserem Antrag ([19/13096](#)) hatten wir die Bundesregierung deshalb aufgefordert, die Rahmenbedingungen für die landwirtschaftliche Direktvermarktung zu vereinfachen und regionale Wertschöpfungsketten zu fördern. Außerdem sehen wir im weiteren Ausbau von Erzeugerorganisationen und Kooperationen weitere Chancen, um die Verhandlungsposition von Bauern zu stärken und höhere Erzeugerpreise erzielen zu können.“

<https://www.afdbundestag.de/prottschka-julia-kloeckner-fuehrt-bauern-mit-utp-richtlinie-in-die-irre/>

### **Mehr Islam führt zu weniger Frauenrechten**

Im Iran wurden zwei Kopftuchgegnerinnen zu knapp 10 und 13 Jahren Haft verurteilt. Das Vergehen: Sie trugen kein Kopftuch und verteilten zum Weltfrauentag Blumen. Nur über eine Revisionsverhandlung entgingen sie Haftstrafen von 16 und 23 Jahren. Das hätte ein Drittel ihres Lebens hinter iranischen Gittern bedeutet.

Die AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst sagt dazu:

„Weil der Griff zum Kopftuch eben nicht freiwillig erfolgt, wenn der Islam den Kulturkampf gewonnen hat, müssen Kopftuchgegnerinnen nun im Iran lange in Haft.“

Wenn der Islam sich durchsetzt, hat sich die grundgesetzlich verbrieft Gleichberichtigung von Männern und Frauen perspektivisch erledigt. Denn dann wird das islamische Rechtssystem etabliert, die Scharia.

Hier in Deutschland feiern selbsternannte Frauenrechtlerinnen die Verschleierung als Freiheit der Frau. Die Geschichte lehrt: Noch.

Deshalb muss moderner Feminismus notwendig wertkonservativ sein und darf nicht dem Kulturrelativismus dienen.

Islam und Scharia sind für Frauen und damit unsere Gesellschaft eben nicht gleichgut wie unsere grundgesetzgeprägte Gesellschaftsordnung auf der Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung.“

<https://www.afdbundestag.de/hoechst-mehr-islam-fuehrt-zu-weniger-frauenrechten/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.2.2020

### **Empfehlungen der „Borchert-Kommission“ bieten Chance für durchdachte und zukunftsfähige Entwicklung der heimischen Nutztierhaltung**

Zu den heute veröffentlichten Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung („Borchert-Kommission“) für den Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland, äußert sich der Agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, wie folgt:

„In den letzten Jahren gab es von EU, Bund und Ländern zahlreiche Einzelaktivitäten, die darauf abzielten die Nutztierhaltung zu verbessern. Einzelne Änderungen wirken sich jedoch teils erheblich auf den gesamten Betriebsablauf aus und sind mit hohen Investitionskosten für die Betriebe verbunden. Zusammen mit steigenden Dokumentationspflichten und Auflagen haben diese hohen Kosten dazu geführt, dass in den letzten Jahren tausende Betriebe aus der Tierhaltung aussteigen mussten.

Die umfangreichen Empfehlungen der ‚Borchert-Kommission‘ bieten jetzt die Chance, dass wir ganzheitlich durchdachte und zukunftsfähige Zielbilder für die Entwicklung der heimischen Nutztierhaltung formulieren.

Weil die Preisbildung bei offenen Handelsgrenzen am Weltmarkt stattfindet, sind die hohen Kosten für den notwendigen Umbau der Nutztierhaltung nicht am Markt refinanzierbar. Ohne eine politische Finanzierung wird es deshalb nicht gehen. Die Tierhaltung würde ansonsten ins Ausland abwandern, wo die Tierschutzstandards meist niedriger sind als bei uns sind.

Vor dem Hintergrund, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung sich mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung wünscht, sollte ein Umbau der Nutztierhaltung gemäß den Empfehlungen der ‚Borchert Kommission‘ angestrebt werden. Die Absicht der Bundesregierung eine Machbarkeitsstudie sowie eine sorgfältige Folgenabschätzung auf den Weg zu bringen, begrüße ich. Diese muss zeitnah erfolgen. Ich empfehle außerdem, dass die derzeit dem Bundesrat vorliegenden Änderungsvorschläge zur Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung solange vertagt werden, bis die Zielbilder für den Umbau der heimischen Nutztierhaltung ausformuliert sind. Es wäre der Planungssicherheit der Landwirte nicht zuzumuten, wenn sie jetzt Stallumbauten durchführen müssten, die vielleicht in naher Zeit wieder hinfällig werden.“

<https://www.afdbundestag.de/protchka-empfehlungen-der-borchert-kommission-bieten-chance-fuer-durchdachte-und-zukunftsaehige-entwicklung-der-heimischen-nutztierhaltung/>

### **Linke zeigen ihr wahres SED-Gesicht**

Die Fraktionsvorsitzende der Linken im Thüringer Landtag, Hennig-Wellsov, will bei der nächsten Ministerpräsidentenwahl ausschließen, dass ihr Kandidat durch Stimmen aus der AfD-Fraktion gewählt wird. Deshalb will sie, dass „die Stimmen dokumentiert sind“.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bundestag, Alexander Gauland, sagt dazu:

„Offenbar halten die Linken die Möglichkeit, dass unsere Freunde in Thüringen tatsächlich für Herrn Ramelow stimmen könnten, für so realistisch, dass sie bereit sind, offen ihr wahres, antidemokratisches SED-Gesicht zu zeigen.“

Freie und geheime Wahlen sind den Linken eben doch ein Ärgernis. Nun sollen die Stimmen lieber dokumentiert werden. Dann können auch die roten Frontkämpfer von der Antifa nach der Wahl gezielter zu den Familien der Abgeordneten beordert werden, welche ‚falsch‘ oder ‚undokumentiert‘ abgestimmt haben.

Die Direktive von Walther Ulbricht – ‚Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben‘ – hat für die Linken ganz offensichtlich nicht an Gültigkeit verloren.

Wirklich besorgniserregend ist, mit welchem Ton der Selbstverständlichkeit so etwas heute im öffentlich-rechtlichen Rundfunk völlig unwidersprochen gefordert werden kann. Es steht schlimm um die Demokratie in unserem Land.“

<https://www.afdbundestag.de/gauland-linke-zeigen-ihr-wahres-sed-gesicht/>

### **Die SPD will die Demokratie abschaffen**

Die SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat einen Eilantrag gestellt, der ein Verbot von Gesetzesbeschlüssen fordert, wenn diese nur mit den Stimmen der AfD die notwendige Mehrheit erhalten. „Die AfD darf für keine demokratische Partei und Fraktion in Nordrhein-Westfalen eine



Machtoption welcher Art auch immer darstellen. Das ist eine Grundfrage des demokratischen Selbstverständnisses“, so die Begründung der SPD.

Dieser Antrag zeigt den undemokratischen Geist der SPD, der im politmedialen Dauerfeuer nach der Ministerpräsidentwahl in Thüringen offensiv propagiert wird. Die SPD, die einst unter dem Slogan „Mehr Demokratie wagen“ angetreten ist um Deutschland zu verändern, fordert im Jahr 2020 weniger Demokratie. Das dürfte auch kaum verwundern, denn die SPD schneidet schließlich bei demokratischen Wahlen immer schlechter ab, wohingegen die AfD immer mehr Stimmen der Bürger auf sich vereinigen kann.

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/spd-gesetze-duerfen-nicht-mit-afd-stimmen-zustande-kommen/>

SPD-Würfel © Olaf Kosinsky / CC BY-SA 3.0 de

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.2.2020**

### **Dem nächsten deutschen Automobilkonzern drohen Massenentlassungen**

Der Stuttgarter Autobauer Daimler kündigt im Zuge der erzwungenen Umstellung auf E-Mobilität Sparmaßnahmen in Milliardenhöhe an. Statt der ursprünglich geplanten 10.000 Stellen werden jetzt 15.000 Arbeitsplätze wegfallen.



Der Arbeits- und Sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Uwe Witt, erklärt dazu:

„Der Stern der deutschen Automobilindustrie verblasst. Dieter Zetsches Nachfolger Ola Källenius setzt der Massenentlassungswelle in der deutschen Automobilindustrie die Krone auf. Diesmal sollen 15.000 Mitarbeiter mit ihrer Existenzgrundlage die Zeche bezahlen, die die Regierung mit ihrer katastrophalen Klimapolitik in Deutschland geprellt hat. Elektromobilität entpuppt sich langsam, aber sicher zu einem Flop gesamtwirtschaftlichen Ausmaßes. Der Versuch, den klassischen Verbrennungsmotor durch ein unausgereiftes, teures und in der Klimabilanz desaströses Produkt – das E-Auto – zu verdrängen, wird Deutschland in den Abgrund treiben. Selbst eine erhöhte Verkaufsprämie von 6.000 Euro animiert die Kunden nicht. Der Mercedes-E-SUV verkaufte sich im November 2019 gerade einmal 19 (!) mal. Seit Einführung wurden insgesamt 55 Fahrzeuge verkauft und zugelassen.

Die deutsche Kernindustrie wird in die Knie gezwungen und gleichzeitig die Konkurrenz aus Amerika (Tesla) mit einem sehr günstigen Grundstück (in einem Wasserschutzgebiet) plus Subventionen gestärkt.

Deutschland unter der Regierung Merkel macht sich schneller auf den Weg in die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit als befürchtet.“

<https://www.afdbundestag.de/witt-dem-naechsten-deutschen-automobilkonzern-drohen-massenenntlassungen/>

### **Dürfen nicht zusehen, wenn der Verfassungsschutz selbst die Axt an die Grundlagen unserer Demokratie legt**

Focus online meldet mit heutigem Datum, dass der Verfassungsschutz damit begonnen habe, mehrere AfD-Abgeordnete aus dem Bundestag und den Landesparlamenten auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln bei ihren außerparlamentarischen Aktivitäten zu überwachen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, Roland Hartwig, erklärt dazu:

„Das wäre – wenn es zutrifft – ein ungeheuerlicher und rechtswidriger Eingriff in das freie Mandat unserer Abgeordneten. Jeder Mandatsträger hat das von der Verfassung geschützte Recht, ungestört mit seinen Wählern zu kommunizieren, ohne dass ein Inlandsgeheimdienst mithört oder mitliest. Die wenigen eng gefassten Ausnahmen, die das Bundesverfassungsgericht dabei zulässt, liegen hier zweifellos nicht vor.

Wir werden jetzt alle in Betracht kommenden rechtlichen Möglichkeiten prüfen. Wir können und dürfen nicht zusehen, wenn der Verfassungsschutz selbst die Axt an die Grundlagen unserer Demokratie legt.“

<https://www.afdbundestag.de/hartwig-duerfen-nicht-zusehen-wenn-der-verfassungsschutz-selbst-die-axt-an-die-grundlagen-unserer-demokratie-legt/>

### **Bundesärztekammer stellt „politische Korrektheit“ vor Patientensicherheit**

Die Bundesärztekammer (BÄK) hat in ihrer Stellungnahme zum Antrag der AfD-Fraktion „Einheitliches Prüfverfahren zur fachlichen Eignung ausländischer Ärzte aus Drittstaaten“ ihre

eigene Forderung nach einem solchen Prüfverfahren relativiert, weil die AfD-Bundestagsfraktion das gleiche Anliegen formuliert hat.

Das geforderte Prüfverfahren sollte eindeutig der Patientensicherheit dienen. Hiervon distanziert sich nun die BÄK anlässlich einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages am 12. Februar und stellt nun plötzlich die Entbürokratisierung in den Vordergrund.

Die Bundesärztekammer (BÄK) hatte auf dem deutschen Ärztetag 2018 und 2019 gefordert, „dass alle Ärztinnen und Ärzte mit absolvierter ärztlicher Ausbildung aus Drittstaaten einen Kenntnisstand nachweisen, über den auch Ärztinnen und Ärzte verfügen, die in Deutschland die ärztliche Ausbildung absolviert haben.“ Begründet wurde die Forderung einzig und allein mit dem „sicheren Patientenschutz“.

Zu diesem Anliegen, der Patientensicherheit, hatte die AfD-Bundestagsfraktion in einem Antrag entsprechend gefordert, dass ausländischen Ärzten aus Drittstaaten eine Berufserlaubnis oder Approbation grundsätzlich erst nach einer dem Dritten Staatsexamen des Medizinstudiums entsprechenden Prüfung erteilt wird.

Anlässlich der Anhörung im Gesundheitsausschuss distanziert sich die (BÄK) nun in ihrer Stellungnahme sowohl von ihrer eigenen ursprünglich sicherheitsorientierten Intention als auch vom entsprechend motivierten Antrag der AfD-Fraktion und schreibt, das Anerkennungsverfahren solle durch die betreffende Forderung der BÄK „vielmehr [...] beschleunigt und entbürokratisiert werden“.

Der Gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Detlev Spangenberg, sagt dazu:

„So viel Opportunismus gegenüber der ‚politischen Korrektheit‘, der sogar dazu führt, dass die Thematisierung der Patientensicherheit in den Hintergrund gerückt wird, ist, gerade von ärztlicher Seite aus, erschütternd.“

<https://www.afdbundestag.de/spangenberg-bundesaeztekammer-stellt-politische-korrektheit-vor-patientensicherheit/>

### **Verbesserung der Tierschutzkontrollen, um Tierhalter zu entlasten**

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft wurde der AfD-Antrag zur Verbesserung der Tierschutzkontrollen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung (BT-Drs. 19/16055) abgelehnt. Der Agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, äußert sich dazu wie folgt:

„Trotz regelmäßiger und zahlreicher Tierschutzkontrollen sehen sich Tierhalter einer enormen gesellschaftlichen Kritik ausgesetzt. Tierhaltenden Betriebe können nicht über zu wenig Kontrollen klagen. Denn neben den amtlichen Kontrollen gibt es beispielsweise die Lebendtierbeschau vor der Schlachtung sowie regelmäßige Kontrollen durch die Landwirtschaftskammer und von privatwirtschaftlichen Initiativen, wie beispielsweise dem QS-System oder der Initiative Tierwohl.“

In der medialen Darstellung wird jedoch ausschließlich über die Negativbeispiele berichtet oder über die durchschnittlich niedrige Kontrollquote der amtlichen Tierschutzkontrollen. Dadurch



entsteht ein völlig verzerrtes Bild über die Zustände in der heimischen Tierhaltung. Deshalb finde ich es sehr schade, dass der Ausschuss unseren Antrag zur Verbesserung der Tierschutzkontrollen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung abgelehnt hat.

Um die amtlichen Tierschutzkontrollen kommen wir leider nicht herum, denn die EU verpflichtet Deutschland diese durchzuführen. Wir brauchen jedoch nicht noch mehr Kontrollen, sondern qualitativ bessere und effektivere.

Das Ziel unseres Antrags war es, eine stärkere Vernetzung von tierschutzrelevanten Daten und privatwirtschaftlichen Kontrollergebnissen mit den staatlichen Behörden zu erreichen. Dadurch wäre es möglich gewesen die Zahl der risikobasierten amtlichen Kontrollen erheblich zu senken und die Tierhalter bürokratisch deutlich zu entlasten. Vor dem Hintergrund, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung sich mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung wünscht, hätte ein systematisches Monitoring für mehr Transparenz über den Tierschutz in der Nutztierhaltung sorgen können, um dadurch die gesellschaftliche Akzeptanz der Tierhaltung zu steigern.“

<https://www.afdbundestag.de/protschka-verbesserung-der-tierschutzkontrollen-um-tierhalter-zu-entlasten/>

### **EU-Verordnung zu Risikorohstoffen schadet den Produktionsländern**

Am heutigen Mittwoch unterrichtete die Bundesregierung den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in seiner 47. Sitzung zum Gesetz zur Durchführung der EU-Verordnung 2017/821. Diese Verordnung sieht „Sorgfaltspflichten“ in der Lieferkette für Importeure von Risikorohstoffen vor.

Sollte die EU-Verordnung nicht ihre gewünschte Wirksamkeit bis 2023 entfalten, sind die EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, weitere gesetzliche Sanktionsmaßnahmen zu ergreifen, so eine Vertreterin der Bundesregierung gegenüber dem Ausschuss.

Markus Frohniauer, Entwicklungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, erklärt dazu:

„Die EU macht nach, womit bereits die USA gescheitert sind. Wenn Deutschland diese Verordnung umsetzt, stellt das nicht nur deutsche Unternehmen vor das Problem, bestimmte Erze zu importieren. Sondern es wird vor allem dazu führen, dass sich die Unternehmen aus den entsprechenden Produktionsländern zurückziehen. Das vernichtet Arbeitsplätze und entschärft bestehende Konflikte nicht, sondern heizt sie an. Genau das war das in Untersuchungen festgehaltene Resultat des amerikanischen Dodd-Frank-Acts, der Dokumentationspflichten für Unternehmen, die Rohstoffe aus der DR Kongo verwenden, vorsieht. Deswegen ist auch jetzt schon absehbar, dass die EU-Verordnung ihre gewünschte Wirksamkeit nicht erreichen wird.“

Deutsche Unternehmen bemühen sich bereits heute im Rahmen ihrer Möglichkeiten, hohe Standards in ihrer Lieferkette umzusetzen, und halten sich an die Gesetze der Produktionsländer. Sie geraten aber dort an ihre Grenzen, wo moderne Wertschöpfungsketten so komplex und undurchsichtig werden, dass eine engmaschige Kontrolle unmöglich wird. Es ist politisch falsch, wenn EU und Bundesregierung staatliche Verantwortung an Privatunternehmen delegieren. Dass Entwicklungsminister Müller zusätzlich mit einem noch weitergehenden, branchenübergreifenden Wertschöpfungskettengesetz droht, sorgt bei den deutschen Unternehmen für gravierende Unsicherheit. Die EU-Verordnung dient als Türöffner für weitere Regularien.“

Am morgigen Donnerstag debattiert der Deutsche Bundestag einen Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, der die Bundesregierung auffordert, ein Lieferkettengesetz vorzulegen. Für die AfD-Bundestagsfraktion wird Markus Frohnmaier die Rede halten.

<https://www.afdbundestag.de/frohnmaier-eu-verordnung-zu-risikrohstoffen-schadet-den-produktionslaendern/>

### **Die Regierung muss sich endlich um die Entlastung der Mittelschicht kümmern**

In einem Gastbeitrag in der NZZ beklagt Volkswirtschaftsprofessor Heribert Dieter die hohe Steuerlast der Mittelschicht in Deutschland. Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Finanzausschusses, Kay Gottschalk, erklärt hierzu:

„Während sich unsere Regierenden derzeit mit vielen Nebenschauplätzen beschäftigen, wurde ein Kernproblem in unserem Land aus den Augen verloren, die enorme Steuerlast des Arbeitnehmers.“

Dem Urteil von Prof. Heribert Dieter kann ich mich daher nur vollumfänglich anschließen. Ein Arbeitnehmer aus der Mittelschicht wird in unserem Land nahezu von der Steuerlast erdrückt. Die Einnahmen in Deutschland aus der Lohn- und Einkommenssteuer liegen mit 27,16 Prozent deutlich über dem OECD-Mittelwert von 23,91 Prozent.

Dabei stellt die Steuerlast nur eine Seite der Medaille dar. Die andere Seite sind die Abgaben in Form von Sozialversicherungsbeiträgen, also Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherungen. Hier ist Deutschland bereits auf Platz 2 im internationalen Vergleich, nur Belgien liegt hier noch vor uns. Die Belgier dürfen allerdings im Gegensatz zu den Deutschen nach wie vor mit 60 in Rente gehen. Das kann nicht gerecht sein und ist sicher auch auf die EU zurückzuführen.

Eine Frage muss sich die Regierung zu diesen hohen Belastungen ebenso gefallen lassen: Was passiert mit dem Geld? Wo hat der Steuerzahler den Gegenwert für seine hohen Beiträge? Der Zustand von Straßen, Gebäuden und Schulen lässt den Steuerzahler zurecht zweifeln, dass das Geld in seinem Sinne verwendet wird.

Die AfD-Fraktion fordert daher schon von Anfang an ein gerechteres Steuersystem und die sofortige Entlastung der Steuerzahler, wo es nur irgend möglich ist. Die GroKo sollte sich endlich um die wichtigen Fragen in diesem Land kümmern.“

<https://www.afdbundestag.de/gottschalk-die-regierung-muss-sich-endlich-um-die-entlastung-der-mittelschicht-kuemmern/>

### **Unser gesellschaftliches Leitbild ist der freie Bürger, auch im Straßenverkehr**

Dem Ansinnen des niedersächsischen Verkehrsministers Bernd Althusmann (CDU), versuchsweise auf Teilen der A2 im Land ein ständiges Tempolimit von 130 km/h einzuführen, erteilt der Celler AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Ehrhorn, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, eine klare Absage:

„Was Herr Althusmann hier versuchen möchte, ist eine reine Nebelkerze, um sich den Grünen anzudienen. Schon heute gibt es auch auf der A2 in Niedersachsen Streckenabschnitte, die während langer Tageszeiten ohnehin mit einem ständigen 130km/h-Tempolimit belegt sind. Diese reichen völlig aus, um damit Erfahrungen zu sammeln, und dafür bedarf es keinerlei Ausweitung.“

In Wahrheit möchte der Minister mit seiner Maßnahme die Autofahrer nur schleichend daran gewöhnen, dass sie sich dauerhaft mit dieser Begrenzung abfinden müssen, weil dies in seinem politisch-ideologischen Interesse liegt. Jeder kann aber bereits jetzt feststellen, dass dort, wo die Geschwindigkeit auf deutschen Autobahnen begrenzt ist, der Verkehr wesentlich zäher fließt und sich ganze Fahrzeugpuls bilden, im Gegensatz zur üblichen Entzerrung des Verkehrs auf freigegebenen Abschnitten.

Das ist weder sicherer, noch für den einzelnen Autofahrer angenehmer. Als AfD-Fraktion erteilen wir den ständig fortschreitenden links-grünen Bevormundungen und Gängelungen ganz klar eine Absage. Unser gesellschaftliches Leitbild ist der freie Bürger, auch im Straßenverkehr.“

<https://www.afdbundestag.de/ehrhorn-unser-gesellschaftliches-leitbild-ist-der-freie-buerger-auch-im-strassenverkehr/>

### **Corona: Antibiotika werden knapp**

In China sterben derzeit an nur einem einzigen Tag 100 Patienten am Corona-Virus. Die Epidemie breitet sich immer stärker aus, entsprechend knapp sind heute schon die Medikamente. Das hat



auch Folgen für Europa, denn krankheitsbedingte Produktionsausfälle im Reich der Mitte sorgen dafür, dass es auch zu Antibiotika-Engpässen in Deutschland kommt. Da die Herstellung von Wirkstoffen in der stark betroffenen Provinz Hubei derzeit stillsteht, schwinden die Lagervorräte für die Weiterverarbeitung.

Während die Welt langsam um den Bestand an Medikamenten bangt, wurde gestern die neue Lungenerkrankung in "Covid-19" umbenannt. Man wolle schließlich keinen Personen, Ethnien oder Landstrichen diskriminierend zu nahe treten. Das Virus bedroht schon heute akut Handel und Agrarmärkte. Wenn sich in Deutschland nun

Medikamente verknappen und Impfstoffe ausgehen, dann hat das Gesundheitsminister Jens Spahn zu verantworten. Die Medikamentenproduktion wurde kopflos ins Ausland verlagert - wir haben keine Hoheit mehr über die Arzneiversorgung unseres Landes. Das Coronavirus sollte eine Warnung sein, um hier schleunigst umzusteuern.

<https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/krankheiten-wegen-coronavirus-antibiotika-engpaesse-moeglich-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200211-99-860620>

**Merkels neuer Ostbeauftragter beschimpft AfD als „Abschaum“**

Er beschimpfte die AfD und Dr. Gauland als "giftigen Abschaum": Hassprediger Wanderwitz als Ostbeauftragter völlig ungeeignet!



Wer die politische Konkurrenz als ‚giftigen Abschaum‘ bezeichnet, hat sich für jedes Amt in der Bundesregierung disqualifiziert. Wanderwitz ist eine totale Fehlbesetzung und ganz offensichtlich von seinem Hass auf die AfD und damit auch ihre vielen ostdeutschen Wähler zerfressen. Es spricht Bände über den Zustand dieser Bundesregierung, dass so ein Hassprediger nun die Interessen der Ostdeutschen vertreten soll. Von diesem Mann ist nichts weiter als Spaltung und Diffamierung zu erwarten. Die Ernennung von Herr Wanderwitz ist eine moralische und politische

Bankrotterklärung.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Herr Hirte wurde entlassen, weil er bürgerlichen Anstand gezeigt und einem FDP-Ministerpräsidenten gratuliert hat, Herr Wanderwitz wird eingestellt, weil er Gift und Galle gegen die politische Opposition spuckt und der SPD in ihrem neuen ‚Faschistenwahn‘ nach dem Mund redet.

Es ist auch bezeichnend, dass die skandalösen Entgleisungen von Wanderwitz in der öffentlichen Debatte schulterzuckend ignoriert werden, während Herr Hirte in einer peinlichen Hexenjagd aus dem Amt gejagt wird.

Sollte die Bundesregierung an der Ernennung von Wanderwitz festhalten, muss sich die Kanzlerin diese Äußerungen zurechnen lassen. Damit wäre die Kritik Merkels an 'Hass und Hetze' in der Gesellschaft nur noch ein schlechter Witz. Man wird sich dann ernsthaft fragen müssen, ob es nicht gerade diese Frau ist, die die Demokratie in unserem Land kaputtmacht.

<https://www.facebook.com/leiferikholm2/photos/a.1107655519285310/2925635270820650/?type=3&theater>

**PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.2.2020****Aktuelle Stunde – „Strategie zur Vorbeugung gegen das CORONA-Virus“**

Auf Verlangen der Koalition wurde am 12. Februar eine Aktuelle Stunde „Strategie zur Vorbeugung gegen das CORONA-Virus“ im Bundestag anberaunt.

Detlev Spangenberg, Gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Das neue Virus hat bislang innerhalb weniger Wochen, seit Ende Dezember, in etwa 30 Ländern zu mehr als 43.000 Erkrankten geführt; über 1000 Infizierte sind gestorben. Etwa 4300 Menschen sollen die Erkrankung überstanden haben. Die neue Viruserkrankung hat sich durch den heutigen vielfachen weltweiten Reiseverkehr bedingt durch globalisierten Handel und verlagerte Produktionsstandorte – rasend schnell auf der Welt verbreitet. Somit sind Kontrollen und wirkungsvolle Maßnahmen gegen eine weitere Ausbreitung notwendig.

Unmittelbar dazu hat die AfD-Bundestagsfraktion einen Antrag eingereicht, der Maßnahmen zum bestmöglichen Schutz vor der Verbreitung der Krankheit in Deutschland vorsieht.“

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Robby Schlund, Mitglied im Gesundheitsausschuss, erklärt:

„Um die Ausbreitung der Epidemie zu verhindern, empfehlen wir der Regierung, zusätzliche Maßnahmen für Prävention zu ergreifen und einen weltweiten Maßnahmeplan auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik für solche Katastrophen zu erarbeiten.“

Spangenberg weiter:

„Wegen der verlagerten Produktionsstandorte hat das neue Virus aus Sicht der Gesundheitspolitik noch eine weitere sehr bedenkliche Bedeutung.

Durch die Verlagerung der Herstellung pharmazeutischer Wirkstoffe nach China und Indien entwickelte sich schon seit vielen Jahren eine zunehmend schwieriger werdende Medikamenten-beziehungsweise Wirkstoffversorgung. Wir stehen hier in unverantwortlicher Abhängigkeit von asiatischen Herstellern, die durch globalen Preiskampf beinahe eine monopolartige Stellung haben. Krankenkassen und viele Vertreter aus der Politik leugnen es, aber die derzeitige Ausgestaltung der Rabattverträge trägt in der Hauptsache, zusammen mit der Importquote, zu der Importabhängigkeit bei.

Nun wird wegen des neuen Virus in einigen Werken Chinas die Wirkstoffherstellung auf unbestimmte Zeit eingestellt, was schon bald tiefgreifende Folgen für die Medikamentenversorgung in Deutschland haben kann. Zahlreiche Medienberichte widmen sich inzwischen der Frage, wie dem drohenden beziehungsweise verschärften Lieferengpass begegnet werden kann. Derzeit sind 48 Wirkstoffe, die in China hergestellt werden, betroffen.“

<https://www.afdbundestag.de/spangenberg-schlund-aktuelle-stunde-strategie-zur-vorbeugung-gegen-das-corona-virus/>

### **Macht man mit Scholz als Cum-Ex Bekämpfer den Bock zum Gärtner?**

Laut einem Artikel der Zeit vom 13.2.2020 ließen Verantwortliche in Hamburg mögliche Ansprüche des Staates auf Grund verbotener Cum-Ex Geschäfte an die Privatbank M.M. Warburg verjähren. Involviert sind u.a. Peter Tschentscher, ehemaliger Finanzsenator in Hamburg, heutiger Bürgermeister der Hansestadt, sowie Olaf Scholz, welcher derzeit als Bundesfinanzminister als oberster Cum-Ex-Bekämpfer gilt und Johannes Kahrs, MdB aus Hamburg, der auch haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag ist.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Finanzausschusses, Kay Gottschalk, hierzu:



„Es ist erschreckend zu sehen, dass die Personen, die jetzt auf der großen politischen Bühne in Berlin angeblich die Cum-Ex-, Cum-Cum- und Cum-Fake Geschäfte aufklären und endgültig gesetzlich verhindern wollen, in ihrer Heimat anscheinend selber daran mitgewirkt haben könnten, dass mögliche Ansprüche des Staates verjähren.“

169 Millionen Euro hat sich die Warburg-Bank für ihren Cum-Ex-Eigenhandel zwischen 2007 und 2011 an Steuern erstatten lassen. Mit dieser stolzen Summe hätte man einiges Sinnvolles tun können und den ehrlichen Steuerzahler entlasten.

Das gerade unser Finanzminister Scholz involviert sein soll, lässt nichts Gutes für die angekündigte Bekämpfung der ganzen Cum-Ex Skandale vermuten. Sein Kollege Johannes Kahrs wird wohl auch nicht allzu sehr daran gelegen sein. Manche sind eben gleicher als gleich.“

<https://www.afdbundestag.de/gottschalk-macht-man-mit-scholz-als-cum-ex-bekaempfer-den-bock-zum-gaertner/>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.2.2020

### **Gesetzentwurf der AfD-Fraktion führt zur Senkung der Nebenkosten beim Immobilienkauf**

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Verteilung von Maklerkosten beim Immobilienkauf vorgelegt (BT Drs. 19/15827). Demnach dürfen die Kosten der Beauftragung eines Maklers nur zu maximal 50 Prozent vom Auftraggeber auf die andere Kaufvertragspartei umgelegt werden. Bevor der Makler seine Provision von der anderen Kaufvertragspartei einfordern kann, muss er nachweisen, dass sein Auftraggeber den auf ihn entfallenden Teil der Provision gezahlt hat.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Lothar Maier sagt dazu:

„Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist eine bürokratische Katastrophe. Der Makler läuft außerdem Gefahr, am Ende ohne Vergütung arbeiten zu müssen. Die AfD-Fraktion hat eine Sachverständigen-Anhörung im Bundestag zu diesem Thema zum Anlass genommen, einen besseren Gesetzentwurf einzubringen (BT Drs. 19/17120).“

Unser Entwurf gewährleistet Vertragsfreiheit und volle Transparenz, weil die Verteilung der Maklerkosten im notariellen Kaufvertrag beurkundet sein muss. Wir machen Schluss damit, dass der Käufer auf übernommene Maklerkosten noch zusätzlich die Grunderwerbsteuer zahlen muss. Die Käufer können sich freuen, denn unser Entwurf senkt die Nebenkosten beim Immobilienkauf.“

<https://www.afdbundestag.de/maier-gesetzentwurf-der-afd-fraktion-fuehrt-zur-senkung-der-nebenkosten-beim-immobilienkauf/>

### **Arzneimittelproduktion in Deutschland und Europa sichern**

Auf der Bundestagssitzung am 13. Februar wurden der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum „Fairer-Kassenwettbewerb-Gesetz“ (GKV-FKG) (Drucksache 19/15662) und die Anträge der AfD-Fraktion zur Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses zu diesem Entwurf beraten.



Detlev Spangenberg. Gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion:

„Drei Anträge der AfD-Fraktion wurden ins Plenum eingebracht.“

Zum 1. Antrag „Arzneimittelversorgung in Deutschland sichern“ hatte Spangenberg bereits am Vortag im Rahmen einer aktuellen Stunde zu dem hochaktuellen Thema „Coronavirus“ gesprochen.

So forderte er jetzt nochmals eindringlich:

„Sichern Sie endlich wieder die Arzneimittelproduktion in Deutschland und in Europa! – Sichern Sie endlich den Standort Deutschland und Europa bei dieser Produktion, sonst erleben wir weitere solche Fiaskos wie in China. Wir können uns auf solche Wackelstaaten wie Indien und China bei der Medizinproduktion nicht verlassen. Holen Sie die Produktion nach Europa und Deutschland zurück.“

Im zweiten Antrag bezog sich Spangenberg auf die Einführung einer „Personaluntergrenze für das Pflegepersonal in Krankenhäusern“ (Drucksache 19/15790):

„Einseitige Personaluntergrenzen schaffen eine problematische Schieflage innerhalb der Krankenhäuser zu den Abteilungen, in denen diese Personaluntergrenzen nicht bestehen. So sieht es auch die Stellungnahme des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI). Dieses stellte erhebliche Umsetzungsprobleme bei den Pflegepersonaluntergrenzen fest, ganze Stationen werden zeitweise geschlossen oder Kliniken melden Bereiche bei der Leitstelle des Rettungsdienstes ab. Auch dass die Pflegepersonaluntergrenzen zu Einschränkungen bei der Versorgung führen, beklagt der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) Dr. Gaß, ähnliches erklärt der Verband der Krankenhausdirektoren. Beide sprechen sich für ein bedarfsorientiertes Personalbemessungssystem in einer Ganzhauskonzeption aus, um die nötige Flexibilität für den Einsatz der Pflegekräfte zu ermöglichen.“

Der dritte AfD-Antrag behandelte das Problem eines Versicherungsverwechsels innerhalb der Privat-Krankenkassen. Die AfD-Fraktion bezieht sich dabei auch auf die Empfehlung der Monopol-Kommission, diesen Wechsel ohne finanziellen beziehungsweise Leistungsverlust durchführen zu können, das heißt unter Mitnahme ihrer Alters-Rückstellungen. Damit würde sich der Wettbewerb zugunsten der Versicherten besser entwickeln können und die Privatkassen nicht mehr allein um die junge Bevölkerung konkurrieren, da auch die älteren Versicherten eine ‚Verhandlungsmacht‘ besitzen würden, wenn diese einen Wechsel anstreben.“

<https://www.afdbundestag.de/spangenberg-arzneimittelproduktion-in-deutschland-und-europa-sichern/>

## Videos / Reden von AfD-Politikern aus dieser Woche

### AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

### AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

[https://www.youtube.com/channel/UC\\_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos](https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos)

### AfD Kompakt TV

Alle Videos von Kompakt TV finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCq2rogaxLtQFrYG3X3KYNww/videos>

## Meldungen aus Deutschland und der Welt

### **Berliner Unternehmer Krawinkel gibt 100.000 Euro an Höckes AfD**

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/parteispende-wegen-der-wahl-in-thueringen-berliner-unternehmer-krawinkel-gibt-100-000-euro-an-hoeckes-afd/25533042.html>

### **Dresden: Linksextreme verhöhnen Bombenopfer auf Friedhof**

[https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/linksextreme-verhoehnen-bombenopfer-auf-friedhof/?fbclid=IwAR2chdL5APZRoon3gMZNbK437vc0jOtdXyvaW5pE8a8-miRhgosXTfRB\\_xs](https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/linksextreme-verhoehnen-bombenopfer-auf-friedhof/?fbclid=IwAR2chdL5APZRoon3gMZNbK437vc0jOtdXyvaW5pE8a8-miRhgosXTfRB_xs)

### **Verfassungsschutz beginnt mit Überwachung von drei AfD-Politikern**

<https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-kalbitz-und-tillschneider-im-visier-verfassungsschutz-beginnt-mit-ueberwachung-von-drei-afd-politikern/25542650.html>

### **„Ich beuge mich dem Druck“ – Sprecher der WerteUnion tritt zurück**

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/ich-beuge-mich-dem-druck-sprecher-der-werteunion-tritt-zurueck/>

## Rubrik „Bunte Folklore“ in Deutschland

### **6.2.2020: Halle: Arabische Gang greift Jugendliche in Halle-Neustadt an**

<https://dubisthalle.de/arabische-gang-greift-jugendliche-in-halle-neustadt-an>

### **7.2.2020: Trier: Messerangriff auf dem Trierer Petrisberg: 40-Jähriger rettet sich in Auto**

<http://lokal.de/artikel/188917/messerangriff-auf-dem-trierer-petrisberg-40-jaehriger-rettet-sich-in-auto/>

### **10.2.2020: Berlin: Tote Frau auf Gehweg gefunden – Mordkommission ermittelt!**

<https://www.bz-berlin.de/berlin/mitte/tote-frau-auf-gehweg-gefunden-mordkommission-ermittelt>

### **10.2.2020: Salzgitter: Auf REWE-Parkplatz: 39-Jährige in ihrem eigenen Auto mit Waffe bedroht**

<https://regionalheute.de/salzgitter/auf-rewe-parkplatz-39-jaehrige-in-ihrem-eigenen-auto-mit-waffe-bedroht-1581420458/>

### **10.2.2020: Magdeburg: 29-Jähriger Magdeburger wird mit Messer bedroht und ausgeraubt**

<https://www.magdeburger-news.de/?this=frame&c=20200211142412>

### **11.2.2020: Berlin: Maskierte Räuber überfallen Supermarkt mit Macheten**

<https://www.morgenpost.de/berlin/polizeibericht/article228404701/Maskierte-Raeuber-ueberfallen-Supermarkt-mit-Macheten.html>

### **13.2.2020: Rendsburg: Frau lag tot neben ihrem Baby in Hotelzimmer**

<https://www.bild.de/regional/hamburg/hamburg-aktuell/mann-in-gewahrsam-genommen-frau-in-rendsburger-hotel-tot-aufgefunden-68774124.bild.html>

**13.2.2020: Schweinfurt: Afrikaner ziehen fordernd durch Schweinfurt**

<http://www.pi-news.net/2020/02/afrikaner-ziehen-fordernd-durch-schweinfurt/>

## **Achtung Satire:**

**Humoriges .. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns erst recht nicht verbieten ;-)**

---Gartenauflösung!---

=====

Aktuell stehen zum Verkauf:

6 Trampoline

43 Dachziegel

1 Kugelgrill

1 grosse Blechtafel

27 Zaunlatten in verschiedenen Größe

1 Plastikpool

2 Sandkästen

1 Pavillion

Schreibt mich an für Preise

Neue Ware trifft alle 5 Minuten ein.

Korrektur: 4 Trampoline. 2 sind weitergeflogen.

### Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

### PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

### SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen  
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552  
BIC: OSDDDE81XXX  
Ostsächsische Sparkasse

\*\*\*

**VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!**

### KONTAKT:

Büro Bautzen  
Karl-Marx-Str. 15  
02625 Bautzen  
03591-5328336  
Montag – Freitag  
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda  
Friedrichsstr. 9  
02977 Hoyerswerda  
03571-2096287  
Montag – Donnerstag  
10.00-18.00 Uhr  
Freitag  
10.00-16.00 Uhr

Büro Kamenz  
Klosterstr. 4  
03578-7889108  
Montag – Freitag  
Montag 12.00-18.00 Uhr  
Dienstag 10.00-18.00 Uhr  
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr  
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr  
Freitag 8.00-13.00 Uhr

[www.afdbautzen.de](http://www.afdbautzen.de)  
[info@afdbautzen.de](mailto:info@afdbautzen.de)

**Alternative**  
für  
**Deutschland**

AfD-Kreisverband Bautzen